

Auf einen Blick

- Die Wirtschaftspolitik in Deutschland war im vergangenen Jahrzehnt zu stark auf die Angebotsseite und zu wenig auf die Nachfrageseite ausgerichtet.
- Stagnierende Löhne und sinkende Beitragssätze haben zwar die Unternehmen entlastet, aber die deutsche Binnenwirtschaft stark belastet. Die Fiskalpolitik hat keinen Nachfrageimpuls gesetzt. Nachfrage kam vor allem aus dem Ausland, durch die Importüberschüsse der Handelspartner. Deutschlands Wirtschaftsleistung lag damit lange unterhalb derjenigen anderer europäischer Länder, was sich erst mit einer aktiveren Nachfragepolitik ab 2009 geändert hat.
- Mit Hilfe von Modellrechnungen werden alternative wirtschaftliche Szenarien berechnet: Es wird gezeigt, wie stark Deutschlands Wirtschaft beeinträchtigt worden wäre, wenn unter anderem die heutigen Krisenländer weniger importiert hätten; weiterhin wird gezeigt, dass sich Deutschlands Wirtschaft mit einer besseren Lohnentwicklung und einer anderen Sozial- und Fiskalpolitik besser entwickelt hätte.

Nur das Angebot zählt?

Wie eine einseitige deutsche Wirtschaftspolitik Chancen vergeben hat und Europa schadet

Alexander Herzog-Stein, Fabian Lindner,
Rudolf Zwiener

Vielen in Wissenschaft, Politik und Medien gilt die im letzten Jahrzehnt in Deutschland verschärft durchgeführte Angebotspolitik, die in der Agenda 2010 kulminierte, als Erfolgsmodell (FAZ 2012; Blum et al. 2008; Klinger et al. 2013). Die Reformen des Arbeitsmarktes und des Sozialstaates in Deutschland sowie die langjährige Reallohnstagnation und die restriktive Finanzpolitik werden heute auch den Krisenländern als Erfolg versprechend teilweise empfohlen und teilweise auferlegt.

Die deutsche Angebotspolitik war vor allem darauf fokussiert, die Kosten für die Unternehmen zu reduzieren – Löhne, Sozialabgaben und Steuern –, in der Absicht, diesen einen Anreiz zu geben, mehr Beschäftigung zu schaffen. So hatten die Arbeitsmarktreformen das explizite Ziel, Löhne gerade für Geringverdiener zu senken und den deutschen Niedriglohnsektor auszuweiten; durch die Reformen der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung und der Rente sollten zudem die Lohnnebenkosten gesenkt werden.

Diese rein auf die Verringerung der Kosten fixierte Politik konzentriert sich ausschließlich auf die Angebotsseite, übersieht aber die Nachfrageseite. Wenn ein Unternehmen oder der Unternehmenssektor eines ganzen Landes seine Kosten durch niedrigere Löhne, Steuern und Sozialabgaben senkt, so braucht es dennoch genug effektive Nachfrage, um die Kostensenkung ökonomisch positiv wirksam werden zu lassen. Dabei sind Löhne, Sozialleistungen und Steuern sowohl Kosten, durch die Unternehmen belastet werden, als auch Einkommen, die die Quelle der privaten und staatlichen Nachfrage nach den Produkten der Unternehmen bilden.

Kostensenkungen können sogar dazu führen, dass die Unternehmen in ihrer Gesamtheit genau in dem Maße geringere Einnahmen haben wie sie ihre Ausgaben senken, so dass sich ihre Position nicht verbessert. Wenn die Nachfrage der Haushalte durch die Senkung ihrer Ein-

Videostatement:

Alexander Herzog-Stein
zur Wirtschaftspolitik

<http://bit.ly/1bVoAWK>



kommen wegfällt, können Unternehmen nur dann mehr verkaufen, wenn die Nachfrage aus einer anderen Quelle kommt.

Die Wirtschaftspolitik kann diese Nachfrage durch zwei Quellen stärken. Der Staat kann erstens seine Ausgaben in dem Maße vermehren wie die privaten Ausgaben sinken und damit die Nachfrage stabilisieren; zweitens kann die Zentralbank die Zinsen senken, damit die Nachfrage der Unternehmen nach Investitionsgütern stimuliert wird, was wiederum die Nachfrage stützt.

Solange die Kostensenkungen eines Landes nicht von allen seinen Handelspartnern ebenfalls durchgeführt werden oder die eigene Währung entsprechend aufwertet, führen inländische Kostensenkungen zu mehr Nachfrage des Auslands und höheren Gewinnen.

Im Folgenden soll untersucht werden, ob und wie das Zusammenspiel von Angebots- und Nachfragepolitik in Deutschland funktioniert hat. Dementsprechend wird die gesamte Wirtschaftspolitik – Angebots- und Nachfragepolitik – der letzten zehn bis fünfzehn Jahre betrachtet und in diesem Licht analysiert. Es zeigt sich, dass die Strukturreformen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Deutschland über einen langen Zeitraum gesenkt haben, ohne dass sie von einer hinreichend kompensierenden Nachfragepolitik begleitet wurden. Dies hat wesentlich zur langen Stagnation der Inlandsnachfrage geführt.

In jener Zeit konnte Deutschlands Wirtschaft fast nur durch die Nachfrage aus dem Ausland wachsen. Auf diese Weise entstanden allerdings Leistungsbilanzungleichgewichte, die durch Schulden der importierenden Länder – nicht zuletzt vergeben durch deutsche Banken – finanziert wurden. Wie die derzeitige Krise des Euroraums deutlich macht, war diese Strategie nicht nachhaltig.

Dass eine aktive Nachfragepolitik aber wirkt, hat sich in der weltweiten Finanzmarktkrise 2009 gezeigt. Damals hat der Staat durch Konjunkturprogramme und Kurzarbeit die private Nachfrage erfolgreich gestützt und im Zusammenspiel mit den Tarifparteien und den Akteuren des deutschen Systems der Mitbestimmung durch eine korporatistische Politik der Beschäftigungssicherung die größte Wirtschaftskrise Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg meistern können und auch bis heute die Beschäftigung in Deutschland stabilisiert.

Angebotspolitik im vergangenen Jahrzehnt

Die Sozial- und Arbeitsmarktreformen gepaart mit einer restriktiven Nachfragepolitik haben die Einkommen und Einkommenserwartungen der Haus-

halte und auch vieler für den Inlandsmarkt produzierenden Unternehmen geschwächt und damit die deutsche Binnenkonjunktur bis 2008 stark belastet. Das hat sich auch negativ auf die Beschäftigung ausgewirkt.

In den Jahren 2002 bis 2005 wurden im Rahmen der vier Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – die vier Hartz-Gesetze – tiefgreifende Arbeitsmarktreformen umgesetzt, die die institutionellen Rahmenbedingungen des deutschen Arbeitsmarktes umfassend veränderten. Es wurden atypische Arbeitsformen dereguliert – besonders die Leiharbeit und die geringfügige Beschäftigung (Minijobs) –, der Kündigungsschutz wurde gelockert; die Arbeitsvermittlung wurde grundlegend reformiert. Außerdem wurden neue arbeitsmarktpolitische Instrumente wie der Existenzgründungszuschuss (Ich-AG) und die Ein-Euro-Jobs eingeführt, die Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden zusammengelegt, bei den Lohnersatzleistungen wurde die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verkürzt und die Zumutbarkeitsregelungen sowie die Sanktionsmöglichkeiten wurden verschärft.

Insgesamt führten diese Reformen zu einem höheren Druck auf Arbeitnehmer und Arbeitslose, ihre Ansprüche an Arbeitsplatzsicherheit und Löhne zu senken – was explizit beabsichtigt war. Ein Kern der Reformen besonders für Geringverdiener und Arbeitslose war die Senkung des sogenannten „Anspruchslohns“ oder „Reservationslohns“, also des Lohnes, unterhalb dessen die eigene Arbeitskraft nicht angeboten wird (SVR 2002/03, S. 12).

Die Reformen haben insgesamt den schon vorher sichtbaren Trend zu mehr atypischen Beschäftigungsformen und Niedriglohnarbeit verstärkt und damit zu einer Senkung der Einkommen gerade für Geringverdiener geführt. Besonders stark hat die geringfügige Beschäftigung (im Haupt- und Nebenerwerb) zugenommen, und zwar von 13 % aller Beschäftigten vor den Hartz-Reformen auf 20 % im Jahr 2009 (Keller und Seifert 2011). Diese Art der Beschäftigung ist besonders problematisch, weil die Abgabefreiheit dazu führt, dass ausschließlich geringfügig Beschäftigte kaum sozial abgesichert sind (Eichhorst et al. 2010).

Im Ergebnis hat sich der Niedriglohnsektor stark vergrößert, von etwa einem Fünftel der Beschäftigten im Jahr 1998 auf etwa ein Viertel im Jahr 2011 (Kalina und Weinkopf 2013). Damit hat Deutschland einen der größten Niedriglohnsektoren der EU (Rhein 2013).

Darüber hinaus sind auch die Leistungen aus der Renten- und Krankenversicherung gekürzt worden, um vor allem die Lohnnebenkosten zu senken. Die Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern

waren in der Vergangenheit stark gestiegen, vor allem, weil die deutsche Einheit in hohem Maße über die Sozialversicherungssysteme finanziert wurde.¹

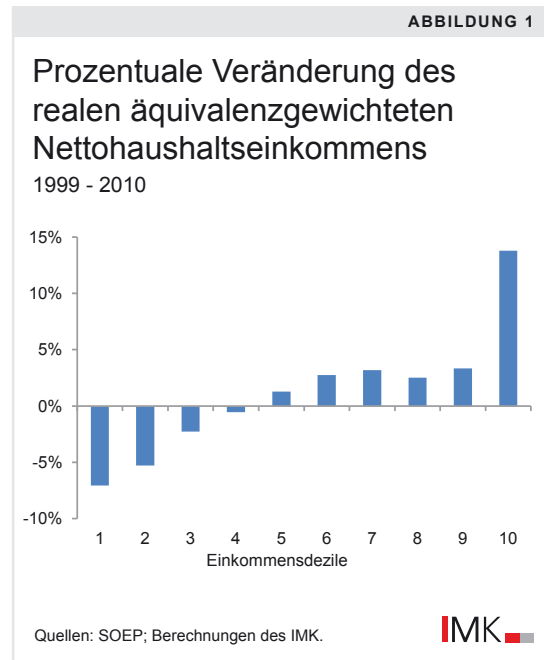
Um die Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung senken zu können, wurde das Rentenniveau schrittweise durch Veränderungen in der Rentenformel (Riesterfaktor, Nachhaltigkeitsfaktor) reduziert. Die Rentenkürzungen werden dazu führen, dass besonders Geringverdiener in Zukunft massiv von Altersarmut² bedroht sind und unter den OECD-Staaten mit die geringsten Renteneinkünfte haben werden (OECD 2009). Vor den Reformen hatte das deutsche Rentensystem im Vergleich zu anderen OECD-Staaten Armut im Alter besonders effektiv reduziert.

Die Einführung der freiwilligen und staatlich subventionierten Riester-Rente – an der sich die Arbeitgeber nicht beteiligen – kann den zukünftigen Rentenausfall nicht ausgleichen. Niedrigverdiener haben durch ihre deutlichen Realeinkommensreduktionen teilweise nicht das Einkommen für eine zusätzliche private Vorsorge. Da die Riester-Rente auf die Grundsicherung im Alter angerechnet wird, wird die Grundsicherung um den Betrag der Riester-Auszahlungen gekürzt. Nach 10 Jahren Rentenkürzung und Riester-Rente zeigt sich, dass das Versprechen eines insgesamt Lebensstandardsichernden Rentenniveaus nicht gehalten wird und Millionen von zukünftigen Rentnern Altersarmut droht (Joebgies et al. 2012).

In der Krankenversicherung wurde 2005 von der paritätischen Finanzierung abgewichen und einseitig der Arbeitnehmeranteil um 0,9 Prozentpunkte erhöht. Daneben gab es eine Vielzahl an Kostendämpfungsmaßnahmen. Bisher gewährte Maßnahmen wurden aus dem Katalog der gesetzlichen Krankenversicherungen gestrichen, die Praxisgebühr von 10 Euro und die Zuzahlung bei Arznei- und Hilfsmitteln wurden eingeführt. Ins-

¹ So war im Zug der deutschen Einheit die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland stark angestiegen. Gleichzeitig entstanden hohe Defizite in der ostdeutschen Kranken- und Rentenversicherung. Zur Finanzierung der deutschen Einheit wurde ein großer Teil der angefallenen Kosten den Trägern der Sozialversicherung aufgebürdet. Wären diese versicherungsfremden Leistungen nicht durch Beitrags- sondern über Steuererhöhungen finanziert worden, wären die Beiträge gar nicht so stark gestiegen und es hätte keine Notwendigkeit für die Kürzungen bei Rente, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung gegeben (Meinhardt und Zwiener 2005).

² Bisher konnte das Armutsrisiko der heutigen Rentner und Rentnerinnen – verglichen mit der Situation der Gesamtbevölkerung – als durchschnittlich bezeichnet werden (Goebel und Grabka 2011). Dies gilt allerdings nur auf der Ebene der bedarfsgewichteten verfügbaren Einkommen auf Haushaltsebene und nicht bei Ein-Personen-Haushalten.



gesamt wurde damit zur Kostenentlastung für Unternehmen die soziale Sicherung für Arbeitnehmer deutlich verringert.

Durch die Reduzierungen sowohl der Einkommen als auch der Einkommenserwartungen vieler Menschen hat diese Politik zu einer akuten Schwäche des Konsums und der gesamten Binnennachfrage geführt, was im nächsten Abschnitt noch detailliert ausgeführt wird.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der realen Haushaltsnettoeinkommen³ nach verschiedenen Einkommensklassen zwischen 1999 und 2010. In diesem Zeitraum, der geprägt war von Sozial- und Arbeitsmarktreformen, haben die ärmsten 40 % der Haushalte teilweise massiv an Einkommen verloren, während die reichsten Haushalte besonders stark an Einkommen gewonnen haben. Die steigenden Einkommen der reichsten 10 % der Haushalte lassen sich vor allem auf steigende Kapitaleinkommen (Gewinn- und Zinseinkommen) und der deutlichen Reduzierung der Kapital- und Einkommenssteuern vor allem für Gutverdiener zurückführen (Schmid und Stein 2013).

Damit ist die Ungleichheit in diesem Zeitraum so stark gestiegen wie in keinem anderen Land der OECD (OECD 2008). Noch in den 1980er Jahren war die deutsche Einkommensverteilung ähnlich egalitär wie in vielen skandinavischen Ländern und

³ Hier werden die sogenannten realen äquivalenzgewichteten Nettohaushaltseinkommen untersucht. Durch die Äquivalenzgewichtung wird für die Zusammensetzung der Haushalte kontrolliert: So wird das Gesamteinkommen eines Haushaltes durch seine gewichteten Mitglieder geteilt, wobei zum Beispiel Kinder geringer gewichtet werden als Erwachsene.

damit deutlich besser als der OECD-Durchschnitt. Jetzt liegt sie nur noch im OECD-Durchschnitt.

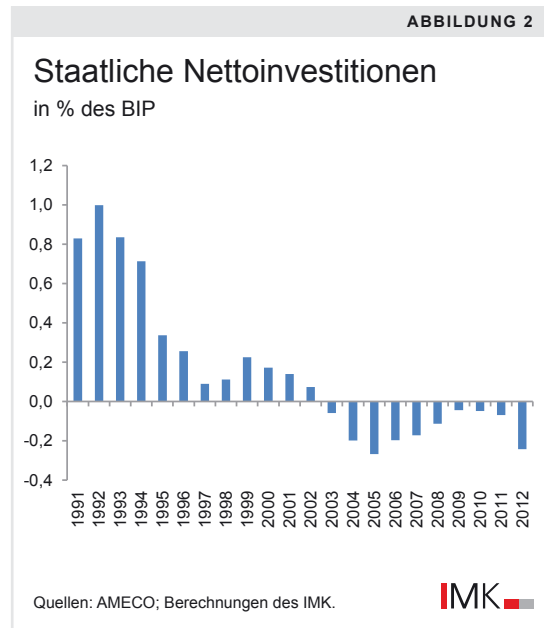
Die Umverteilung dürfte das Wirtschaftswachstum belastet haben. Haushalte mit geringeren Einkommen verausgaben in der Regel ihr gesamtes Einkommen, so dass Einkommensenkungen sofort zu einer Konsumeinschränkung führen. Die Einkommenssteigerungen der Reichen können das aber nicht kompensieren, weil reichere Haushalte größere Teile ihres Einkommens sparen und damit weniger konsumieren (Klär und Slacalek 2006). Fichtner et al. (2012) haben für den Zeitraum 2002 bis 2010 berechnet, dass die verschärfte Ungleichverteilung die durchschnittliche Sparquote der Haushalte spürbar erhöht und die Konsumnachfrage damit belastet hat. Ohne einen solchen Anstieg der Ungleichheit wäre mit einem höheren Konsum von bis zu 10 Mrd. Euro pro Jahr zu rechnen gewesen.

Der Ausfall der Nachfrage der privaten Haushalte ist nicht durch eine stärkere staatliche Nachfragepolitik kompensiert worden. Nachdem die Bundesregierung ab 2001 die Steuern besonders für Unternehmen und Haushalte mit höheren Einkommen massiv gesenkt hatte, entstanden öffentliche Defizite, die die Regierung ab 2003 durch Senkungen der Ausgaben abbauen wollte. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer 2007 hat dann tatsächlich beim Ausgleich der öffentlichen Haushalte geholfen, aber wiederum die Kaufkraft und damit vor allem den Konsum der einkommensschwächeren Haushalte deutlich belastet.

Von der staatlichen Ausgabensenkung waren besonders die öffentlichen Investitionen betroffen. Sie lassen sich leichter senken als viele andere Ausgaben, die rechtlich garantiert sind und zumindest kurzfristig nicht schnell gekürzt werden können. Das führte dazu, dass die öffentlichen Nettoinvestitionen (die Bruttoinvestitionen nach Abzug der Abschreibungen) ab 2003 stetig negativ waren, der öffentliche Kapitalstock also verfiel (Abbildung 2).

Besonders unter den Steuersenkungen gelitten haben die Kommunen, die das Gros der öffentlichen Investitionen tätigen. Nach Umfragen unter den kommunalen Kämmerern hat sich bei ihnen bis 2012 ein Investitionsstau von 128 Mrd. Euro gebildet, wobei der höchste Rückstand bei Straßen- und der Verkehrsinfrastruktur sowie bei Schulen liegt (KfW 2013).

Auch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat hohen Investitionsbedarf festgestellt. Dieser beläuft sich auf jährlich 47 Mrd. Euro zwischen 2006 und 2020, auch hier vor allem für die Verkehrsinfrastruktur und Schulen (Bracher et al. 2008). 2007 und 2008 hatte Deutschland nach Österreich die zweit-



niedrigste öffentliche Investitionsquote in der EU27 (Deutsche Bundesbank 2009).

Im Folgenden sollen die Effekte dieser Politik auf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland genauer analysiert werden.

Wachstum und Beschäftigung im Zyklusvergleich

Um die Effekte der Wirtschaftspolitik im Zeitverlauf genauer zu betrachten, werden im Folgenden zentrale wirtschaftliche Kennzahlen über die drei Konjunkturzyklen seit 1999 miteinander verglichen. Ein Konjunkturzyklus umfasst einen wirtschaftlichen Auf- und Abschwung.⁴ Im Vergleich der drei Zyklen lässt sich zeigen, wie sich die Wirtschaftspolitik – sowohl die Angebots- als auch die Nachfragepolitik – auf Wachstum und Beschäftigung ausgewirkt hat.

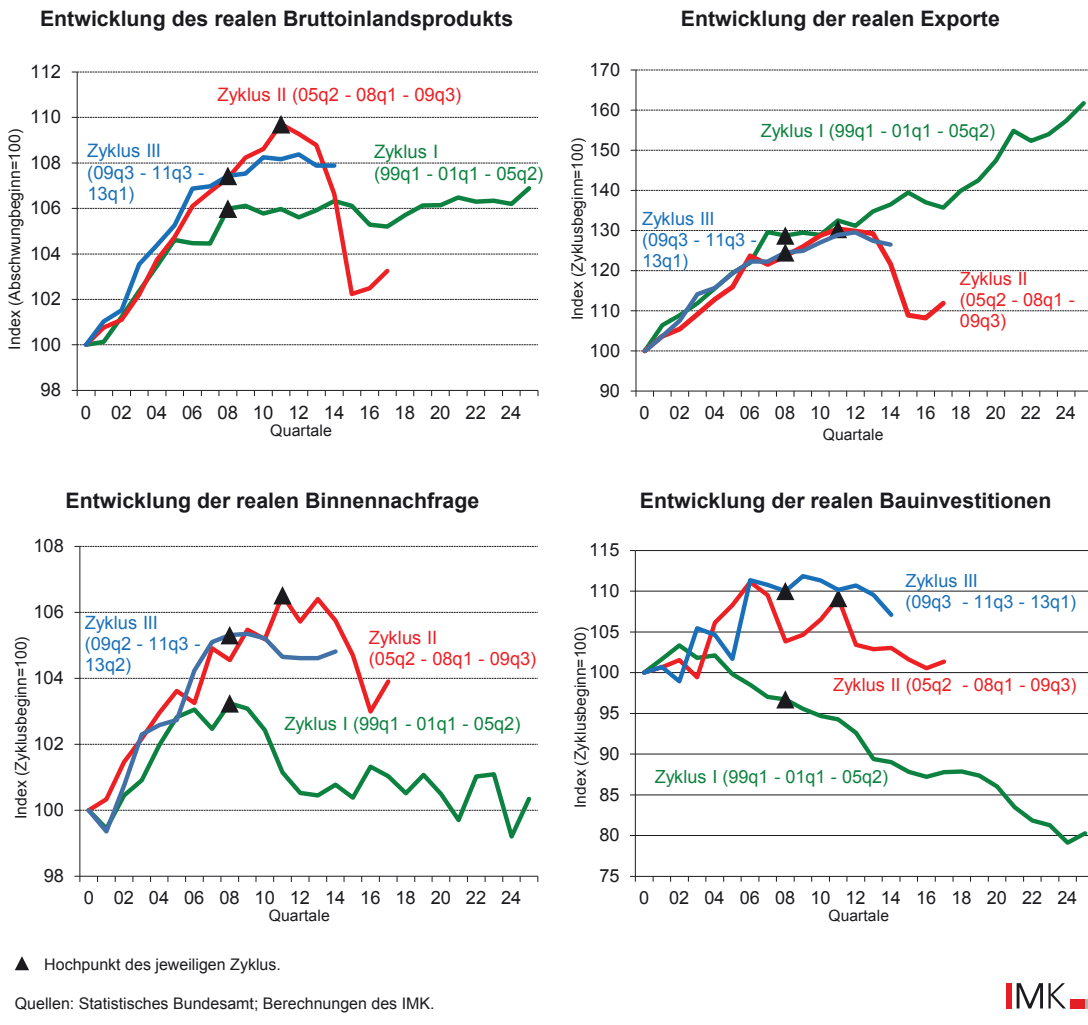
Der erste Konjunkturzyklus umfasst den Aufschwung vom ersten Quartal 1999 bis zum ersten Quartal 2001 und die darauf folgende lange Stagnation bis ins zweite Quartal 2005. Die Stagnationsphase war mit vier Jahren die längste in der Geschichte der Bundesrepublik. In diese Phase fallen die Agenda-Reformen der rot-grünen Bundesregierung.

Im zweiten Quartal 2005 beginnt der Aufschwung, der den Beginn des zweiten Konjunkturzyklus markiert. Der Aufschwung geht aber nur bis

⁴ Die Datierung der Konjunkturzyklen erfolgte entsprechend der in Herzog-Stein (2010) beschriebenen Methode mit Hilfe des Instruments der relativen Output-Lücken, die mittels verschiedener statistischer Filterverfahren ermittelt werden. Siehe auch Herzog-Stein und Logeay (2010) und Herzog-Stein et al. (2013).

Zyklusvergleich I

saison- und kalenderbereinigt



zum ersten Quartal 2008. Danach führt die globale Finanzmarktkrise zur größten Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik – das Bruttoinlandsprodukt (BIP) fällt um 6,8 %. Der Abschwung ist allerdings sehr viel kürzer als noch im ersten Zyklus; er endet nicht nach gut vier Jahren, sondern nach fünf Quartalen (Abbildung 3 – BIP).

Der dritte und aktuell letzte Konjunkturzyklus begann im dritten Quartal 2009 und hatte seinen konjunkturellen Hochpunkt im dritten Quartal 2011. Es deutet derzeit einiges darauf hin, dass der Zyklus III im ersten Quartal 2013 zu Ende ging. Der Abschwung ist damit im Vergleich mit den anderen Zyklen besonders gering ausgeprägt, trotz der weiter anhaltenden Krise des Euroraums.

Was erklärt die unterschiedliche Dynamik der drei Zyklen? In allen drei Zyklen sind die Exporte in den Aufschwüngen deutlich gestiegen (Abbil-

dung 3 – Exporte). Im zweiten und dritten Zyklus markieren die fallenden Exporte den wirtschaftlichen Abschwung. Dagegen steigen die Exporte im Abschwung des ersten Zyklus besonders stark. Von den Exporten kamen also in der langen Stagnation deutliche expansive Impulse für die deutsche Wirtschaft. Eine Schwäche der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die angebotspolitische Maßnahmen zur Kostensenkung verlangt hätte, lässt sich hier also nicht erkennen.

Der wesentliche Unterschied zwischen den Zyklen liegt in der Entwicklung der Binnennachfrage. Ab dem dritten Quartal 2000 stagniert sie anfänglich und sinkt dann. Erst Anfang 2005 ist die reale Binnennachfrage wieder auf ihrem Ausgangsniveau von Anfang 1999 (Abbildung 3 – Binnennachfrage).

Die reale Binnennachfrage besteht aus privatem und öffentlichem Konsum und den Investitionen.

Alle drei internen Nachfragekomponenten haben zu dieser Schwäche beigetragen. Eine wichtige Ursache hierfür war die einseitig angebotsorientierte Wirtschaftspolitik; die lange Stagnation unter der rot-grünen Bundesregierung war hausgemacht.

Besonders stark sind die Bruttoanlageinvestitionen gefallen. Sie lagen Mitte 2005 um rund 6,5 % niedriger als Anfang 1999. Sogar am Ende der Finanzmarktkrise 2009, die zu einem massiven Einbruch der Bruttoanlageinvestitionen geführt hatte, verzeichneten sie über den gesamten Zyklus hinweg noch einen leichten Zuwachs.

Entscheidend für die träge Investitionsentwicklung waren nicht vor allem die Ausrüstungsinvestitionen wie etwa Maschinen, sondern die Bauinvestitionen (Abbildung 3 - Bauinvestitionen). Sie gingen insgesamt um 20 % zurück. Das liegt vor allem am Rückgang des privaten Wohnungsbaus. Dieser Rückgang ist auf drei wesentliche Faktoren zurückzuführen (Dullien und Schieritz 2011). Erstens ist Ende der 1990er Jahre eine Immobilienblase vor allem in Ostdeutschland geplatzt, die durch hohe Subventionen zur Modernisierung des ostdeutschen Immobilienbestandes entstanden war und zu hohen Überkapazitäten geführt hatte. Diese für den Bau negative Ausgangslage wurde durch das Streichen von staatlichen Subventionen, so zum Beispiel für die Eigenheimzulage, im Rahmen der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verschlechtert. Drittens hängt die private Wohnbautätigkeit maßgeblich von den Einkommen und Einkommenserwartungen der Haushalte ab, die durch die Reformen massiv geschwächt wurden. Die staatliche Konsolidierung infolge der fallenden Steuereinnahmen nach den Steuersenkungen hat auch zu einem Fall des realen staatlichen Konsums in der langen Stagnation geführt, was ebenfalls die Binnennachfrage belastet hat.

Der private Konsum – die größte Komponente des BIP – stagnierte von 2001 bis Ende 2005. Wesentliche Ursache dafür sind die Stagnation und der zeitweise Fall der Reallöhne nach den Arbeitsmarktreformen (Abbildung 4 – Reallohn). Diese Entwicklung zieht sich über sieben Jahre hin. Damit gingen über den gesamten Zeitraum der Stagnation hinweg von der wichtigsten Komponente der Binnennachfrage keine positiven Wachstumsimpulse aus.

Zwar stagnierte der private Konsum auch im Abschwung des zweiten Zyklus. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass es sich damals um einen drastischen globalen Konjunkturéinbruch handelte, so dass in einer solchen Phase ein stagnierender privater Konsum stabilisierend wirkte. Im dritten Ab-

schwung nahm der private Konsum sogar etwas zu, so dass in dieser Abschwungphase deutlich stabilisierende Impulse von ihm ausgingen.

Betrachtet man die Entwicklung der Nominallöhne (pro Beschäftigten), dann waren die Zuwächse in allen drei Konjunkturzyklen eher bescheiden (Abbildung 4 – Nominallöhne). Auffallend ist aber zum einen die Stagnation der Nominallöhne zwischen 2003 und Anfang 2006, zum anderen der doch deutlich stärkere Nominallohnanstieg im dritten Konjunkturzyklus. Immerhin legen die Löhne hier innerhalb von dreieinhalb Jahren um rund 9,5 % zu.

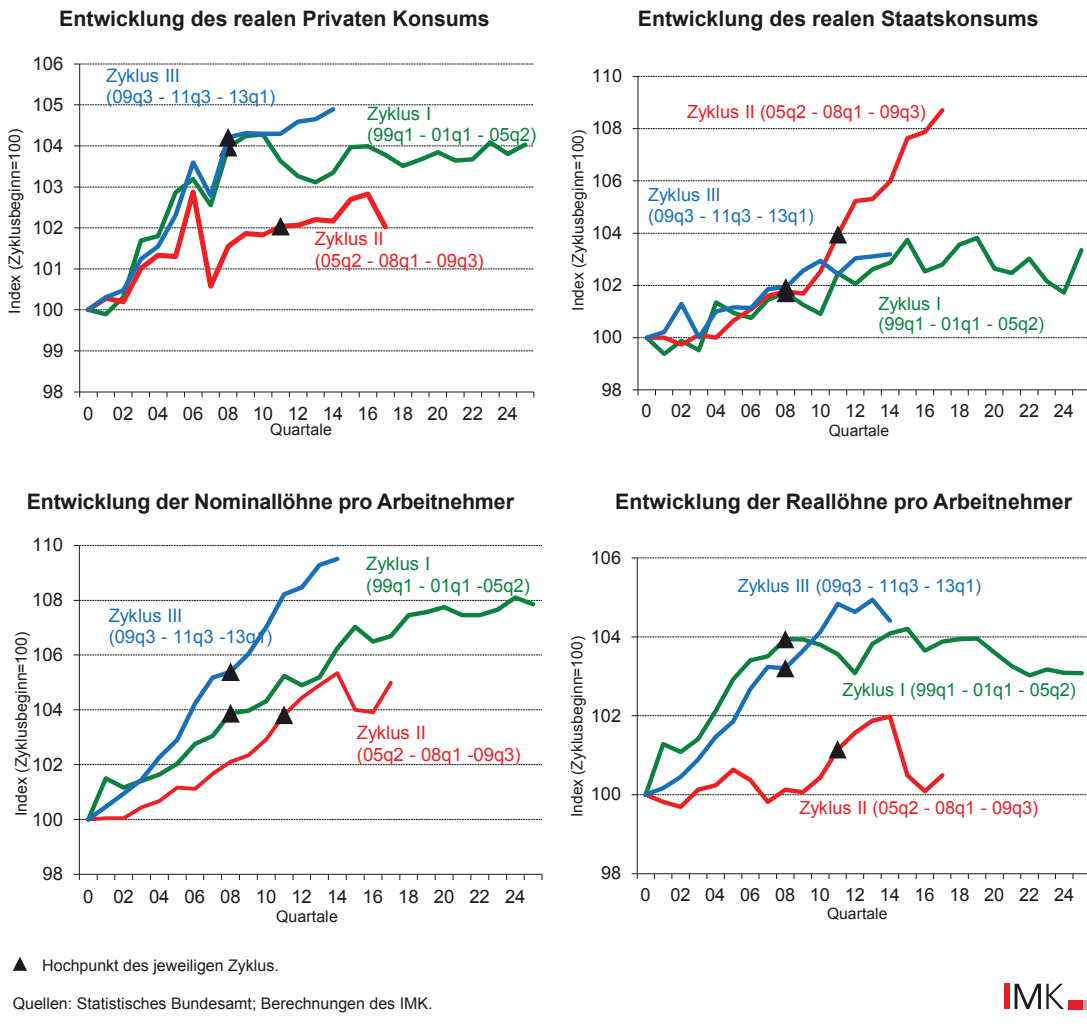
Die Zahl der Erwerbstätigen ist in jedem der drei Zyklen gestiegen. Dabei hat sich die Erwerbstätigkeit allerdings signifikant unterschiedlich entwickelt. Zwar hat in allen drei Konjunkturaufschwüngen die Zahl der Erwerbstätigen innerhalb von acht Quartalen gleich zugenommen, doch nur im ersten Zyklus nahm sie im Abschwung ab, in Zyklus II und III nahm sie trotz Abschwung sogar noch weiter zu (Abbildung 5 - Erwerbstätige).

Die Ursache für diese unterschiedliche Beschäftigungsentwicklung im Abschwung liegt vor allem in der jeweiligen Konjunktur- und Beschäftigungspolitik. In der langen Stagnation des ersten Zyklus fehlte diese komplett, während insbesondere in Zyklus II – der Finanzmarktkrise – zwei staatliche Konjunkturpakete aufgesetzt wurden und die staatlich subventionierte Kurzarbeit ausgeweitet wurde. Abbildung 4 (Staatskonsum) zeigt, wie der staatliche Konsum in Zyklus II gewachsen ist und damit die Binnennachfrage und die Beschäftigung gestützt hat. Darüber hinaus konnte die Beschäftigung auch massiv über die von den Tarifparteien vereinbarten Instrumente der internen Flexibilität, wie beispielsweise Arbeitszeitkonten, stabilisiert werden (Herzog-Stein et al. 2013a; Herzog-Stein et al. 2013b).

Die Arbeitslosigkeit ging in allen drei Aufschwüngen deutlich zurück. Aber der Abbau war in den letzten beiden Aufschwüngen mit Rückgängen von 32 % bzw. 15 % viel größer als im ersten Aufschwung, als die Arbeitslosigkeit in den acht Quartalen des Aufschwungs nur um 7,6 % abnahm (Abbildung 5 - Arbeitslosigkeit). Allerdings spielen gerade im zweiten Zyklus – dem ersten Zyklus nach den Arbeitsmarktreformen – einige Sonderfaktoren eine Rolle. Anfang 2005 wurde im Zuge der Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende eine große Zahl an Personen aus der vormaligen Sozialhilfe erstmals als erwerbsfähig und damit arbeitslos eingestuft, was sich im Nachhinein als falsch herausstellte und dann wieder korrigiert wurde. In

Zyklusvergleich II

saison- und kalenderbereinigt



der Tendenz überzeichnet dies den Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit zwischen 2005 und 2008 (Bundesagentur für Arbeit 2011, S. 9).

Zudem dürfte von der Arbeitsmarktpolitik, insbesondere von Maßnahmen wie den neu eingeführten sogenannten Ein-Euro-Jobs, ebenfalls eine entlastende Wirkung ausgegangen sein. Allerdings dürfte diese geringer gewesen sein als die Gesamtzahl an Ein-Euro-Jobs, da gleichzeitig andere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie beispielsweise die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zahlenmäßig zurückgeführt wurden. Diese waren vor den Hartz-Reformen in viel größerem Umfang eingesetzt worden.

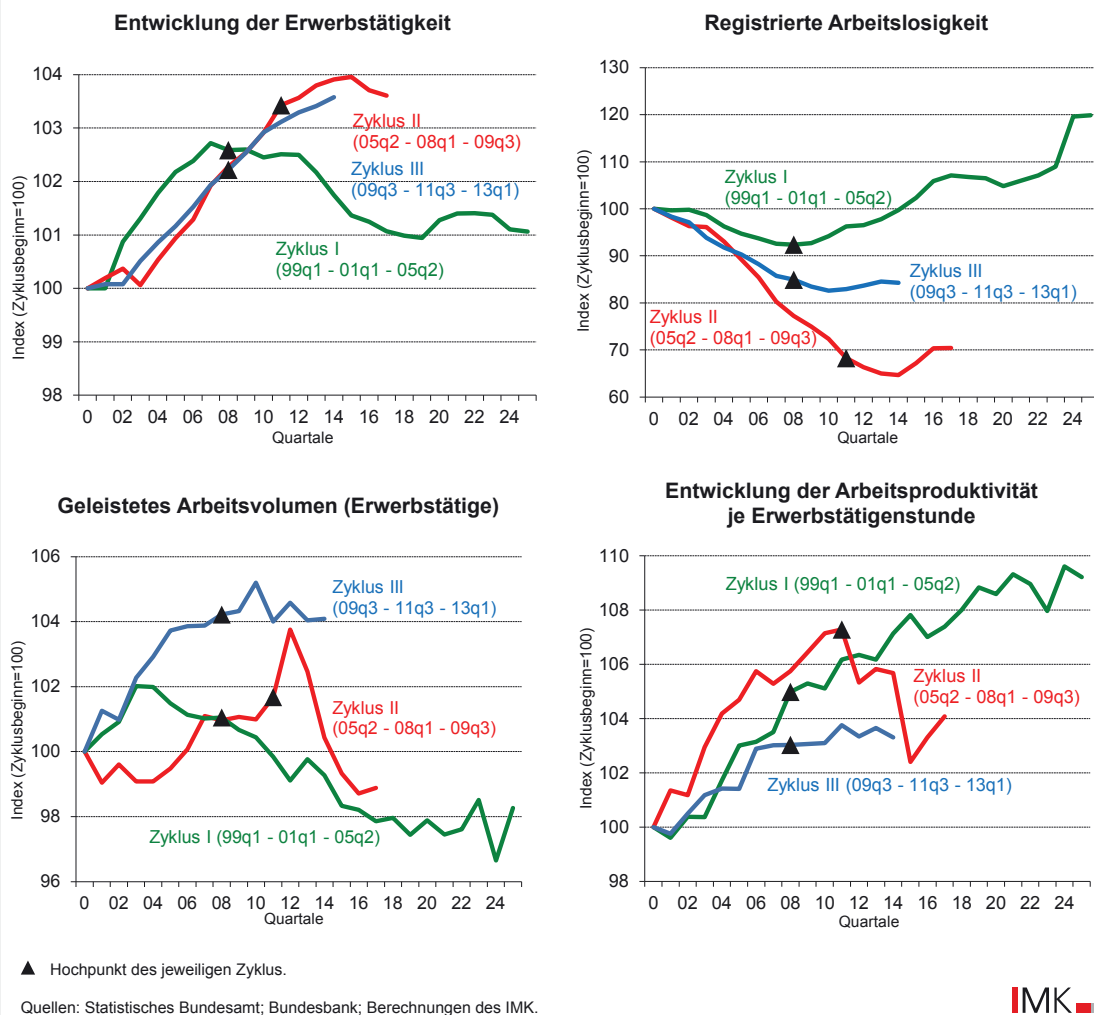
Darüber hinaus ging das Erwerbspersonenpotenzial nach Berechnungen des IAB in den Jahren 2006 bis 2008 tendenziell zurück (Fuchs et al. 2013, Tabelle A1), was ebenfalls einen entlastenden Effekt in Bezug auf den Abbau der Arbeitslosigkeit

gehabt haben dürfte. Im ersten Aufschwung dagegen wirkte die Arbeitsmarktpolitik in Bezug auf die Arbeitslosigkeit eher be- als entlastend. Auch nahm das Erwerbspersonenpotenzial in den Jahren 2000 und 2001 deutlich zu, was ebenfalls in der Tendenz den Rückgang der Arbeitslosigkeit quantitativ erschwert haben dürfte.

Insgesamt dürfte somit der Unterschied hinsichtlich des Rückgangs der Arbeitslosigkeit zwischen den ersten beiden Aufschwungphasen deutlich weniger ausgeprägt gewesen sein, was auch die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den beiden Aufschwüngen nahelegt. Es gibt Hinweise, dass durch die Arbeitsmarktreformen die Effizienz der Arbeitsvermittlung und des gesamten Arbeitsmarktes zugenommen hat und dies für sich genommen den Abbau der Arbeitslosigkeit begünstigt hat (siehe beispielsweise Klinger und Rothe 2012).

Zyklusvergleich III

saison- und teilweise kalenderbereinigt



Viel bemerkenswerter ist die Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit während der beiden letzten Abschwünge und hierbei insbesondere während der Finanzmarktkrise im Vergleich mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit während der langen Stagnationsphase. Nur während der langen Stagnationsphase des ersten Zyklus ist die Arbeitslosigkeit so stark angestiegen, dass sie ab dem 14. Quartal wieder über dem Niveau zu Beginn des ersten Zyklus lag. Wäre es gelungen, die erste Abschwungphase durch eine aktive Konjunktur- und Beschäftigungspolitik auf die Dauer der beiden nachfolgenden Abschwünge zu beschränken (sechs Quartale), hätte dies verhindert werden können.

Die guten Arbeitsmarktergebnisse während der letzten beiden Abschwungphasen, wie sie in der Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit sichtbar werden, können kaum auf die Arbeitsmarktreformen zurückgeführt werden.

Diese haben in der Tendenz durch beispielsweise die Lockerung des Kündigungsschutzes und die Deregulierung der Leiharbeit die externe Flexibilität erhöht, also die Möglichkeit der Unternehmen, Beschäftigung schneller abzubauen. Die Reformen haben aber nicht dazu beigetragen, die Möglichkeiten der internen Flexibilität über die Veränderung der Arbeitszeiten in den Betrieben zu erhöhen.

Die zeitweise Verkürzung der Arbeitszeiten war aber neben der aktiven Konjunktur- und Beschäftigungspolitik entscheidend für die erfolgreiche Beschäftigungssicherung in der Finanzmarktkrise, denn so konnte das Arbeitsvolumen deutlich reduziert werden ohne Arbeitsplätze abzubauen (Abbildung 5 – Arbeitsvolumen). Auch während der jüngsten Abschwungphase im dritten Zyklus wurden in den Betrieben wieder Maßnahmen der internen Flexibilität wie beispielsweise Arbeitszeit-

konten genutzt, um die Beschäftigung während dieser konjunkturellen Schwächephase zu sichern (IAB 2013).

Diese Maßnahmen haben zudem die Nachfrage stabilisiert. Indem durch Arbeitszeitkonten und Subventionierung der Kurzarbeit die Beschäftigung hoch gehalten wurde, erhöhte sich trotz Krise die Einkommenssicherheit der privaten Haushalte. Genau dies hat in Deutschland im Unterschied zu fast allen anderen von der Krise betroffenen Ländern zu einem stabilen privaten Verbrauch beigetragen und so den Absturz der Wirtschaft gedämpft sowie deren Erholung erleichtert.

Die Entwicklung der Stundenproduktivität liefert auch keine eindeutigen Hinweise, dass die Arbeitsmarktreformen nachhaltig die Beschäftigungssituation am Arbeitsmarkt verändert hätten. Für eine gegebene Höhe des Wirtschaftswachstums müsste eine höhere Beschäftigungsintensität eine schwächere Produktivitätsentwicklung zur Folge haben. Dies ist aber nicht zu erkennen. Im zweiten Aufschwung nahm die Stundenproduktivität stärker und im letzten Aufschwung schwächer als im ersten Aufschwung zu (Abbildung 5 - Arbeitsproduktivität).

Dagegen ist der deutliche Produktivitätsrückgang während der Finanzmarktkrise gut sichtbar – ein Indiz dafür, dass Arbeitskräfte im großen Stil gehortet wurden, wie es schon in früheren schweren Rezessionen wie beispielsweise Anfang der 1970er Jahre zu beobachten war (Herzog-Stein et al. 2013).

Zusammenfassend liefert der Zyklenvergleich viele Indizien dafür, dass die verfehlte makroökonomische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der ersten Hälfte der 2000er Jahre negativ auf die Arbeitsmarktentwicklung gewirkt hat. In Bezug auf die Bedeutung und Wirksamkeit der Arbeitsmarktreformen für die verbesserten Arbeitsmarktergebnisse in den letzten zwei Konjunkturzyklen sind die Ergebnisse des Zyklenvergleichs dagegen eher verhalten. Es spricht einiges dafür, dass neben der besseren konjunkturellen Entwicklung ein wichtiger positiver Faktor die erfolgreiche korporatistische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik während der Finanzmarktkrise war (Herzog-Stein et al. 2013).

Internationaler Vergleich von Wachstum und Beschäftigung

Im Folgenden wird die Entwicklung von Wachstum, Beschäftigung, Löhnen, Produktivität, Exporten und privatem Konsum in Deutschland mit der Entwicklung in ausgewählten europäischen Ländern im vergangenen Jahrzehnt verglichen. Die

Länder der Europäischen Währungsunion waren in dieser Zeit den gleichen nominalen Wechselkursänderungen des Euro, der gleichen Geldpolitik der EZB und den gleichen exogenen Schocks bei Ölpreis und anderen äußeren Einflüssen ausgesetzt. Unterschiedlich war dagegen die Lohn- und Finanzpolitik in diesen Ländern; sie war deutlich stärker nachfrageorientiert.

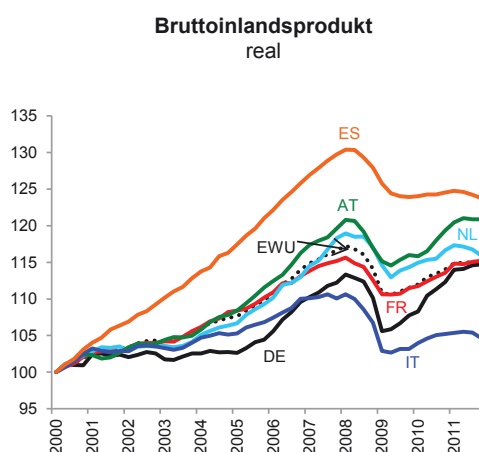
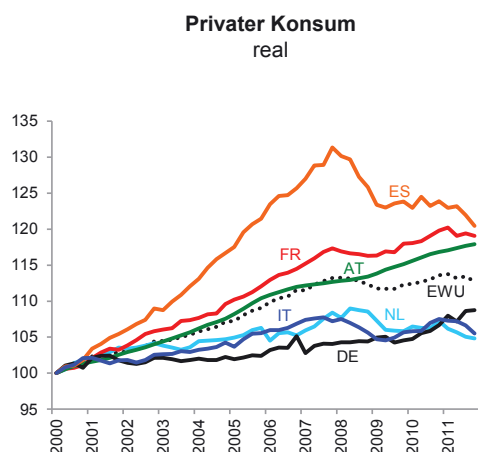
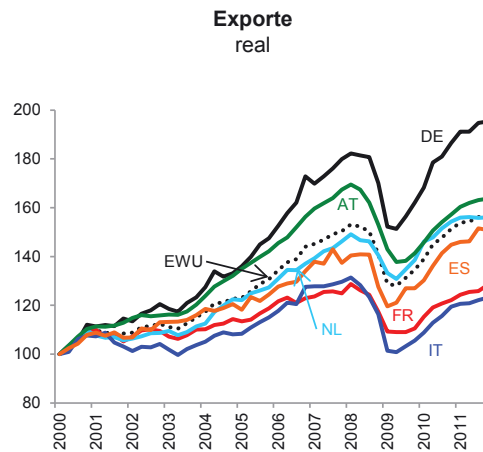
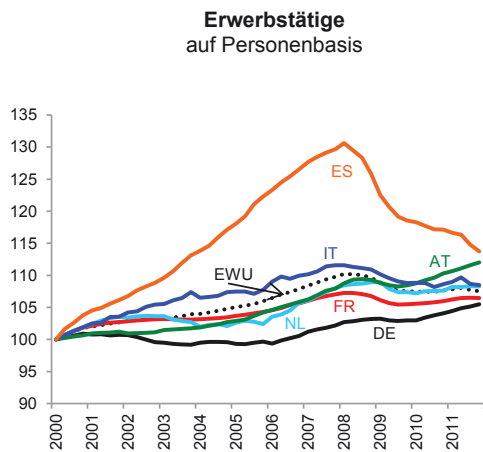
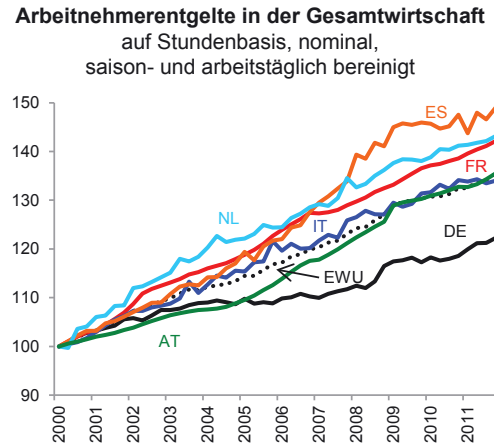
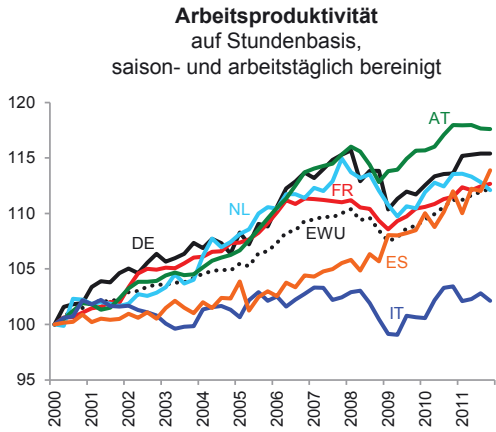
Betrachtet man in Abbildung 6 die Entwicklung wichtiger makroökonomischer Variablen, dann fällt besonders der geringe absolute und im Vergleich zu anderen Ländern deutlich unterdurchschnittliche Anstieg der Arbeitnehmerentgelte in Deutschland seit Beginn der Europäischen Währungsunion (EWU) auf. Erst in den vergangenen Jahren haben die Löhne wieder etwas stärker zugelegt. Gleichzeitig hat sich die Stundenproduktivität besser als im Euroraum insgesamt entwickelt. Bis zum Ausbruch der Krise 2008/2009 waren die deutschen Produktivitätszuwächse höher als in den hier betrachteten Ländern und deutlich höher als im Durchschnitt des Euroraums. Anschließend spiegeln sich die spezifischen deutschen Regeln zur Krisenbewältigung, insbesondere der Einsatz von Instrumenten der Arbeitszeitverkürzung, im deutlichen Produktivitätsverlust in den Jahren 2008 und 2009 wider. Seither steigt die Produktivität in Deutschland wieder etwas stärker als im Durchschnitt des Euroraums.

Im Vergleich mit anderen Ländern des Euroraums zeigt sich auch deutlich, dass die von der Angebotspolitik bewirkten geringen Lohnzuwächse (Logeay und Zwiener 2008) nicht zu einer besseren Beschäftigungsentwicklung geführt haben. Verglichen mit der Entwicklung in anderen europäischen Ländern nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland seit Beginn der EWU bis zum Jahr 2006 nicht zu. Erst in den letzten Jahren stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland. Über den gesamten Zeitraum ab 2000 betrachtet hinkt sie aber immer noch hinter der Entwicklung im Euroraum hinterher und dürfte sich erst mit der anhaltenden Wirtschaftskrise im Euroraum und dem Beschäftigungsabbau in den Krisenländern allmählich angleichen.

Das deutsche Wirtschaftswachstum war damit über einen Zeitraum von zehn Jahren eines der niedrigsten im Euroraum. Anhand dieser Zahlen lässt sich der vermeintliche Erfolg der Angebotspolitik nicht belegen, eher ihr Misserfolg. Vergleichsweise besser wurde es erst mit der aktiven Nachfragepolitik zur Krisenbewältigung in den Jahren 2008/2009 und der etwas besseren Lohnentwicklung in den vergangenen Jahren. Nur so konnte sich die große Lücke bei Wachstum, Löhnen und Beschäftigung zum restlichen Europa teilweise schließen.

Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Variablen in ausgewählten Euroraum-Ländern

2000q1=100



EWU = Europäische Währungsunion, DE = Deutschland, AT = Österreich, ES = Spanien, FR = Frankreich, IT = Italien, NL = Niederlande.

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK.



Als Folge der deutschen Angebotspolitik bauten sich im vergangenen Jahrzehnt gewaltige außenwirtschaftliche Ungleichgewichte auf. Aus einem geringfügigen Leistungsbilanzdefizit im Jahr 1999 – damals war der Außenbeitrag von Waren und Diensten bereits wieder positiv – entstanden so Leistungsbilanzüberschüsse von 5 bis 8 % des BIP. Damit stellte sich allerdings kein entsprechender Wohlstandsgewinn ein. Ein nennenswerter Teil dieser Leistungsbilanzüberschüsse ging infolge von Währungsänderungen und Wertberichtigungen in der Finanzmarktkrise wieder verloren (Klär et al. 2013).

Durch Überschüsse in der Leistungsbilanz (deren größter Teil die Außenhandelsbilanz ist) erhöht eine Volkswirtschaft definitionsgemäß ihr Nettogeldvermögen im Ausland: Für jenen Teil der Exporte, dem keine Importe wertmäßig gleicher Höhe gegenüberstehen, erwirbt sie gegenüber dem Ausland finanzielle Forderungen (Klär et al. 2013). Die Entwicklung erheblicher Teile dieses Wohlstands ist damit von der Entwicklung an den Kapitalmärkten jener Länder abhängig. Insgesamt verfügte die deutsche Volkswirtschaft zum Jahresende 2012 über ein Nettogeldvermögen im Ausland, das infolge von Abschreibungen und Kursverlusten sowohl im Rahmen der weltweiten Krise 2008/2009 als auch in der Eurokrise um 409 Mrd. Euro unter dem Niveau lag, das die kumulierten Leistungsbilanzüberschüsse der Jahre 2000 bis 2012 hätten erwarten lassen. Das entspricht einem Verlust von gut 15 % des BIP von 2012 und 30 % der gesamten Überschüsse in diesem Zeitraum. Faktisch hat Deutschland in großem Umfang Leistungen an das Ausland verschenkt. Und es könnten sich in Zukunft noch weitere Wertberichtigungen aufgrund der Krise des Euroraums ergeben.

Effekte alternativer Nachfragepolitik

Im Folgenden werden mit Hilfe des IMK-Modells (siehe Infobox und Rietzler 2013) makroökonomische Simulationsstudien durchgeführt, um die Auswirkungen des deutschen Policy Mix auf Wachstum und Beschäftigung zu quantifizieren und zu untersuchen, wie sich alternative Politiken ausgewirkt hätten. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei dem Einfluss der drei Nachfragebereiche – Ausland, Löhne, Staat – geschenkt. Dabei werden drei kontrafaktische Szenarien berechnet. Um zu illustrieren, wie stark sich Deutschland vom Export abhängig gemacht hat, wird zunächst gezeigt, was geschehen wäre, wenn Deutschland zwar seine Angebotspolitik durchgeführt hätte, aber seine Handelspartner nicht willens oder in der Lage gewesen

wären, die deutschen Exporte im gleichen Maß zu absorbieren, wie es tatsächlich der Fall war.

In einem zweiten und dritten Szenario wird dann untersucht, wie alternative Lohn- und Finanzpolitiken die Binnennachfrage im letzten Jahrzehnt hätten kräftigen können. Dabei wird in diesen Szenarien die durchgeführte Angebotspolitik mit einer alternativen wirtschaftspolitischen Ausrichtung verglichen, bei der das außenwirtschaftliche Gleichgewicht nicht so stark verletzt worden wäre.

Insgesamt hätte Deutschland eine regelorientierte Politik befolgen müssen, die beachtet, dass innerhalb einer Währungsunion Fehlentwicklungen in einzelnen Ländern nicht mehr durch nominale Auf- oder Abwertungen korrigiert werden können. Dazu hätte eine makroökonomisch orientierte Lohnpolitik (Herr und Horn 2012) befolgt werden müssen, in der niemand versucht, mit Hilfe der Lohnpolitik unzulässige Wettbewerbsvorteile zu Lasten der anderen Mitgliedsländer zu verschaffen.

Gleiches würde auch für die Steuerpolitik gelten. Ein Steuerwettbewerb nach unten auf Kosten der anderen Mitgliedsländer, wie er u.a. in Irland, Zypern und Slowenien zu beobachten ist, müsste unterbleiben. Dieser untergräbt die Fundamente des Sozialstaatsmodells in Europa, zwingt er doch sogar zu Sozialabbau in Staaten, die eine gute Wirtschaftsentwicklung aufweisen.

Zum Einsatz kommt das makroökonomische Modell des IMK (siehe Infobox). Als Basisszenario wird eine Simulation der tatsächlichen Entwicklung zwischen 1999 und 2011 verwendet. In dieser sind alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, wie sie tatsächlich durchgeführt wurden, enthalten. Dazu gibt es drei Alternativszenarien, in denen gezeigt wird, wie sich andere Wirtschaftspolitiken auf Wachstum und Beschäftigung ausgewirkt hätten.

In Szenario 1 gibt es nur einen Unterschied zum Basisszenario: Es wird angenommen, dass das Ausland nur so viele Waren und Dienstleistungen importiert wie Deutschland exportiert – es wird also angenommen, dass Handelsungleichgewichte vermieden worden wären, ohne dass gleichzeitig die deutsche Binnenwirtschaft angekurbelt worden wäre.

In Szenario 2 wird angenommen, dass sich die deutschen Effektivlöhne deutlich besser entwickelt hätten als es tatsächlich geschehen ist. Hier wird die stabilisierende Wirkung der Löhne als Nachfragekomponente beleuchtet.

In Szenario 3 wird zusätzlich zur höheren Lohnentwicklung auf die Steuer- und Beitragssatzsenkungen der Jahre 2001 bis 2005 verzichtet, und der öffentliche Konsum nimmt im Simulationszeitraum stetig knapp unterhalb des Wachstums des nominalen Bruttoinlandsprodukts zu. Der Staat hätte also

IMK-Modell

Das IMK-Modell ist ein strukturelles makroökonomisches Modell der deutschen Wirtschaft. Es wird seit acht Jahren am IMK für Konjunkturprognosen und Politikanalysen eingesetzt. Während dieser Zeit wurde es halbjährlich aktualisiert und neugeschätzt. Gleichzeitig wurde es auch in wichtigen inhaltlichen Bereichen weiterentwickelt. Im Unterschied zur Modelldokumentation (Rietzler 2013) enthält z.B. die hier verwendete Modellversion eine verbesserte Schätzgleichung für die Importe von Waren, in der neben einer Preisvariablen und zusätzlich zu den Exporten und Ausrüstungsinvestitionen auch der private Konsum signifikant in der Langfristbeziehung enthalten ist.

Fast alle Schätzgleichungen des Modells sind als Fehler-Korrekturgleichungen spezifiziert (Engle und Granger 1987; Banerjee et al. 1998). Die kritischen Werte für die Koeffizienten der Fehler-Korrekturgleichungen stammen von Banerjee et al. (1998), wie sie bei Hassler (2004) ausgewiesen sind.

Vor allem für die Langfristbeziehungen des Modells spielen wirtschaftstheoretische Hypothesen eine wichtige Rolle. Grundsätzlich folgen die Spezifikationen des Modells dabei der keynesianischen Theorie. Neben der Existenz von nominalen Rigiditäten hat vor allem die Wirtschaftspolitik langfristige Wirkungen auf die Realwirtschaft. Arbeitslosigkeit kann auch langfristig bestehen bleiben; es gibt keinen modellimmanenten Prozess, der Arbeitslosigkeit automatisch abbaut. So folgt die Beschäftigungserklärung keynesianischer Theorie. Grundsätzlich hängt hier die Arbeitsnachfrage vom Wirtschaftswachstum ab. Produktivitätseffekte, die diesen Zusammenhang verändern, entstehen vor allem durch zusätzliche Investitionen. Die Reallohnentwicklung wirkt damit nur indirekt auf die Arbeitsnachfrage ein, indem sie Einfluss auf die Investitionsentscheidungen nimmt.

Für ein Konjunkturmodell spielen die Zeitreiheneigenschaften der Variablen eine überragende Rolle. Das Modell wird auf der Basis von nicht saisonbereinigten vierteljährlichen Ursprungsreihen unter Verwendung von Saisondummies geschätzt. Grundsätzlich werden keine Restriktionen in Bezug auf Homogenität auferlegt und die Koeffizienten sind nicht kalibriert. Das Modell enthält keine rationalen Erwartungen.

Das Modell verwendet hochaggregierte Zeitreihen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Nachfrage- und Einkommensvariablen, Preise, Beschäftigung und den Staatssektor. Es gibt 48 stochastische Gleichungen und 61 Definitionsgleichungen. Eine weitere Besonderheit des Modells – neben seiner keynesianischen Fundierung – stellt die disaggregierte Exporterklärung dar. So werden die deutschen Exporte von Waren unterschieden nach vier Regionen (Euroraum, UK, US und der Rest der Welt). Zinsen, nominale Wechselkurse, Bevölkerungswachstum, ausländische Preisniveaus und Auslandsnachfrage sind exogene Variablen.

eine modifizierte Angebotspolitik mit einer adäquaten Nachfragepolitik kombiniert, ohne dass sich dabei die öffentlichen Defizite erhöht hätten.

Zur Messung des Einflusses der verschiedenen Maßnahmen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird immer der Unterschied in der Entwicklung der einzelnen Variablen zwischen Basisszenario und den einzelnen Alternativszenarien betrachtet und analysiert.

Ausland kompensiert den Nachfrageausfall durch die Angebotspolitik nicht (Szenario 1)

Der Hauptteil des deutschen Wachstums war dem steigenden Außenbeitrag, also den Überschüssen der Exporte über die Importe zu verdanken. Der deutsche Außenbeitrag ist gestiegen, weil Deutschland aufgrund der schwachen Binnennachfrage re-

lativ wenig importiert und wegen der gesteigerten preislichen Wettbewerbsfähigkeit und der hohen Nachfrage des Auslands nach deutschen Produkten viel exportiert hat.

Da weltweit Exporte und Importe einander exakt entsprechen, müssen den Exportüberschüssen eines Landes notwendig gleich hohe Importüberschüsse aller übrigen Länder gegenüberstehen.⁵ Länder, die ständig mehr importieren als sie exportieren, können dies freilich nur tun, wenn sie entweder diese

⁵ Buchhalterisch notwendig gilt, dass es keine Importe ohne Exporte gibt, also die Summe aller Exporte notwendig der Summe aller Importe entspricht: $\sum ex = \sum im$. Teilt man Exporte und Importe in diejenigen Deutschlands und des Rests der Welt auf, ergibt sich: $ex_D + ex_{RdW} = im_D + im_{RdW}$. Einfaches Umstellen ergibt, dass die Nettoexporte Deutschlands gleich den Nettoimporten des Rests der Welt sind: $ex_D - im_D = im_{RdW} - ex_{RdW}$.

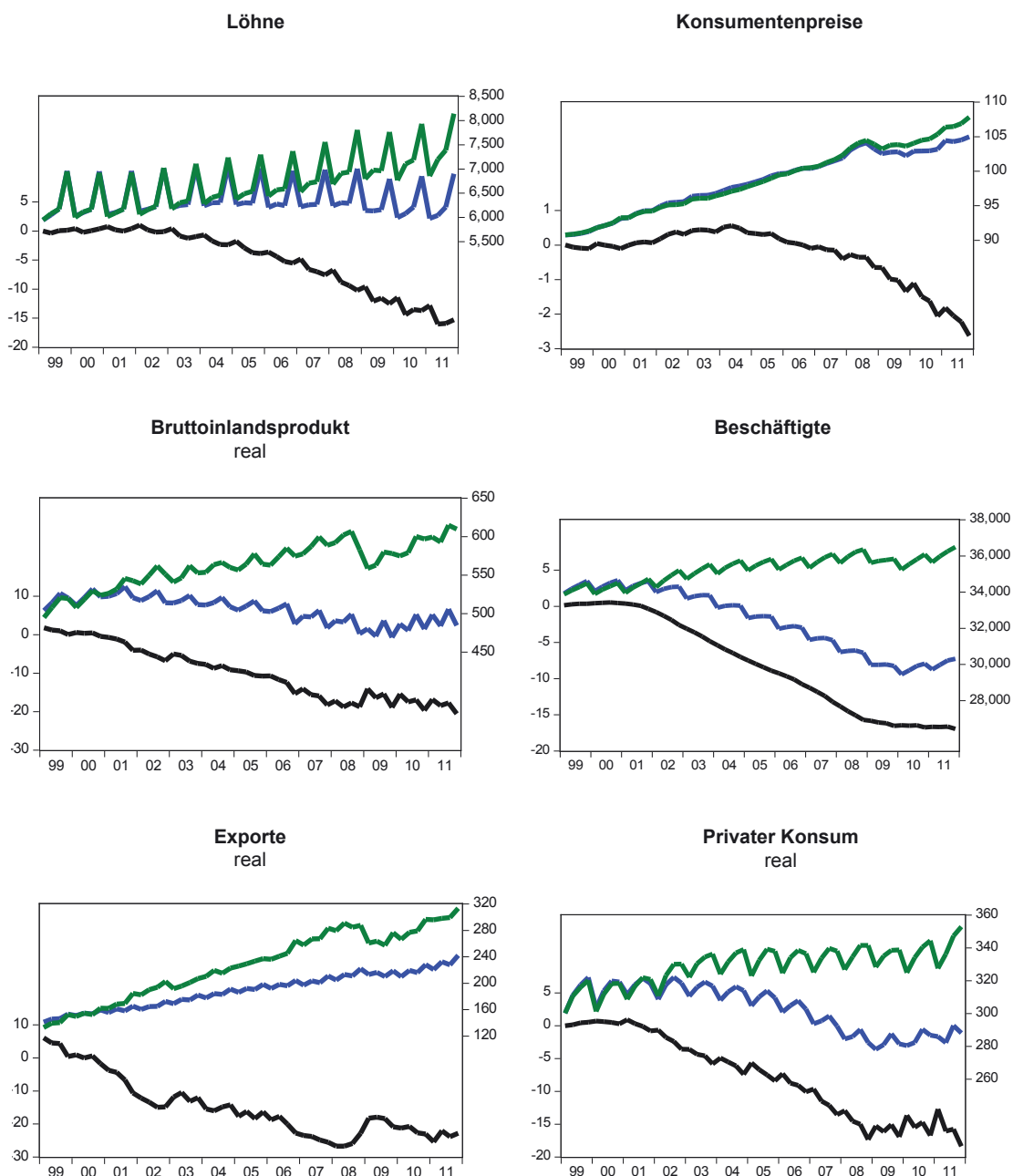
Defizite aus eigener Kraft finanzieren oder sich im Ausland verschulden. Ohne eine Kreditgewährung durch das Ausland wäre diese Verschuldung nicht möglich.

Die deutschen Exportüberschüsse waren also nur möglich, weil die Käufer deutscher Produkte „Wachstum auf Pump“ betrieben haben. Dazu ge-

hört allerdings auch ein Finanzier. Mit die größten Finanziers der Schulden der heutigen Euro-Krisenländer – wie auch vorher der USA – sind und waren deutsche Banken (Lindner 2013, Waysand et al. 2010). Ohne ihre Kreditgewährung hätten die heutigen Krisenländer heute nicht so hohe Schulden und sie hätten in der Vergangenheit auch nicht

ABBILDUNG 7

Ausgeglichene Leistungsbilanz Szenario 1



— Szenario 1 (rechte Skala in Niveaus).
— Basisszenario (rechte Skala in Niveaus).
— Abweichungen Szenario 1 gegenüber Basis-Szenario (in % linke Skala).

Quellen: Simulationen mit dem IMK Konjunkturmodell; Destatis (Daten).

im gleichen Ausmaß deutsche Waren und Dienstleistungen importieren können.

In diesem ersten Szenario wird daher untersucht, was geschehen wäre, wenn die Importeure deutscher Waren und Dienstleistungen keine hohen Schulden aufgenommen hätten und dementsprechend auch nicht so viel importiert hätten. Deutschland hätte dann auch nicht so viel exportieren können.

Zur Illustration wird in Szenario 1 das Niveau des deutschen (realen) Außenbeitrags – als Approximation für die Entwicklung des Leistungsbilanzsaldos – auf dem Niveau von 2000 eingefroren. Das Ausland importiert nun annahmegemäß immer nur so viel aus Deutschland, wie Deutschland selbst aus dem Ausland einführt. Gekoppelt an die – von der deutschen Wirtschaftspolitik verursachte – extrem schwache deutsche Binnennachfrage, kommt es zwangsläufig zu deutlich geringeren Exportsteigerungen.

Die Simulation ergibt, dass, hätte die restliche Welt genauso wenig aus Deutschland absorbiert wie Deutschland selbst bereit war zu absorbieren, in Deutschland über fünf Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen wären. Das Niveau des realen Bruttoinlandsprodukts wäre innerhalb eines Jahrzehnts gerade mal in etwa konstant geblieben, es hätte also kein Wirtschaftswachstum gegeben (Tabelle 1). Zwar wären die Exporte immer noch kräftig gestiegen; ihr Niveau läge allerdings nach 13 Jahren über 20 % unter seinem tatsächlich erreichten Wert. Das Simulationsexperiment macht deutlich, in welchem Ausmaß Deutschland von der globalen wirtschaftlichen Entwicklung und der Verschuldung der heutigen Krisenländer profitierte (Abbildung 7).

Umgekehrt macht es aber auch deutlich, dass eine reine Angebotspolitik ohne außenwirtschaftliche Impulse kaum aufgehen kann. Das ist im Moment die Situation der Krisenländer. Da besonders im Euroraum fast alle Länder eine forcierte Angebotspolitik zur Kostensenkung und zur Exportsteigerung betreiben, kann keine ausreichend hohe Exportdynamik entstehen. Der negative Effekt der Angebotspolitik auf die Binnenwirtschaft ist stärker als die Effekte einer gesteigerten preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Stabilisierende Lohnpolitik (Szenario 2)

Auffällig innerhalb des Euroraums war die extrem schwache deutsche Lohnentwicklung im vergangenen Jahrzehnt. Der nominale Lohnzuwachs (Arbeitnehmerentgelt) betrug zwischen Anfang 2000 und Anfang 2012 gerade mal 17,5 % pro Beschäftigten, also 1,4 % pro Jahr. Im Durchschnitt der Mitgliedsländer des Euroraums waren es dagegen 31 %, das waren 2,3 % pro Jahr.

Die niedrigen deutschen Nominallohnzuwächse spiegeln zwar im Wesentlichen das Ergebnis von Lohnverhandlungen wider. Diese werden aber entscheidend von den institutionellen und politischen Rahmenbedingungen bestimmt. In den niedrigen Effektivlohnsteigerungen kommen damit die begrenzte Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, die zunehmende Bedeutung tarifferer Bereiche sowie die hohe Arbeitslosigkeit zum Ausdruck.

Verstärkt wurde dies einerseits durch die Arbeitsmarktpolitik mit ihren Deregulierungsmaßnahmen und der daraus resultierenden Ausweitung an geringfügiger Beschäftigung und Leiharbeit, den fehlenden gesetzlichen Mindestlöhnen (Horn et al. 2008), und andererseits durch die Finanz- und Sozialpolitik mit ihren Sparbemühungen und Umverteilungsmaßnahmen, die die Arbeitnehmer belasteten und das Wirtschaftswachstum dämpften.

Alternativ zur tatsächlichen Lohnentwicklung (Basisszenario) werden die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer höheren Lohnentwicklung mit Hilfe des IMK-Modells simuliert (Szenario 2). Startpunkt dieser alternativen Lohnentwicklung bildet der Beginn der Europäischen Währungsunion im Jahr 1999. Mit der Einbettung in die EWU können Veränderungen der Löhne nicht mehr automatisch mittelfristige Anpassungsreaktionen des nominalen Wechselkurses auslösen. Vor dem Start der EWU führten vergleichsweise niedrige deutsche Lohnzuwächse nach einiger Zeit mit steigenden deutschen Leistungsbilanzüberschüssen immer wieder zu schockartigen nominalen Aufwertungen der D-Mark, die die anfänglichen deutschen Wettbewerbsvorteile wieder zunichtemachten und teilweise sogar überkompensierten.

Mit Beginn der EWU wurde dieser Mechanismus außer Kraft gesetzt. Die mit den weiterhin niedrigen deutschen Lohnzuwächsen einhergehenden Veränderungen des realen Außenwerts führten nun zu einer dauerhaften und von Jahr zu Jahr zunehmenden preislichen Wettbewerbsfähigkeit, die nicht mehr – wie früher üblich – durch nominale Aufwertungen einer eigenen Währung korrigiert werden konnte.

Maßstab für eine alternative Lohnsetzung bildet das Konzept einer makroökonomisch orientierten Lohnpolitik. Demnach sollten die gesamtwirtschaftlichen Lohnsteigerungen generell den Verteilungsspielraum aus Trendproduktivitätsfortschritt und Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank (EZB) ausschöpfen (Herr und Horn 2012; Horn und Logeay 2004). Bei einem mittelfristigen Produktivitätsanstieg bis zur Krise von 2008/2009 von jährlich gut 1 % pro Beschäftigten und der Zielinflationsrate der EZB von knapp 2 % sollten

die gesamtwirtschaftlichen Lohnsteigerungen bei rund 3 % liegen.

Bei gesamtwirtschaftlichen Lohnerhöhungen in dieser Größenordnung würde das Inflationsziel der EZB von den deutschen Lohnsteigerungen nicht verletzt. Gleichzeitig ginge für Deutschland bei solchen Steigerungsraten von der Lohnpolitik keine Gefahr für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des Euroraums aus, solange die anderen Länder diese nicht längere Zeit unterschritten. In dem Maße, wie andere Länder dagegen ihren Verteilungsspielraum überzogen, würden sie automatisch mit einem Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit bestraft.⁶

Wären die nominalen Bruttolöhne (pro Kopf) in Deutschland entsprechend einer solchen makroökonomisch orientierten Lohnpolitik seit Beginn der EWU um knapp 3 % pro Jahr gestiegen, dann wäre das Lohnniveau pro Kopf bis 2011 um rund 19 % höher ausgefallen (Tabelle 1). Die dadurch induzierten Preissteigerungen – das Preisniveau hätte nach 13 Jahren um dreieinhalb Prozent höher gelegen als im Basisszenario – hätten zwar einen Teil der Nominallohnsteigerungen real nicht wirksam werden lassen. Dennoch hätten die Reallöhne nun um jährlich fast eineinhalb Prozent zugelegt, erheblich mehr als der tatsächliche Anstieg von gerade einmal einem halben Prozentpunkt pro Jahr (Abbildung 8).

Beim realen privaten Verbrauch hätte es aufgrund der stärkeren Lohnsteigerungen einen zusätzlichen Schub um fast 7 % gegeben. Er wäre dann deutlich stärker als um die tatsächlichen 3 % innerhalb von 13 Jahren gewachsen. Wirtschaftswachstum und Beschäftigung hätten leicht zugelegt (Tabelle 1).

Ein besseres Binnenwachstum und die höheren Preise führen zu deutlich höheren Staatseinnahmen. Gleichzeitig gehen von der Mittelverwendung auf der Ausgabenseite des Budgets noch zusätzliche positive gesamtwirtschaftliche Effekte aus, wobei ein Teil der Mittelverwendung institutionell vorgegeben ist. Im Simulationszeitraum besteht allerdings auch diskretionärer finanzpolitischer Handlungsspielraum, der im Simulationsszenario für zusätzliche Staatsausgaben verwendet wird.

Die Modellsimulationen zeigen, dass sich die Situation der öffentlichen Haushalte durch die makroökonomisch orientierte Lohnpolitik nicht verschlechtert. Mit anderen Worten: Die Bemühungen zur Reduzierung öffentlicher Defizite bleiben zwar

bestehen, sie werden allerdings an die verbesserte Einnahmensituation und an die höheren Lohn- und Preisniveaus angepasst und die Staatsschuldenquote sinkt leicht gegenüber dem Status-Quo. Im Einzelnen bedeutet dies, dass die nominalen

TABELLE 1

Makroökonomische Simulationen der Lohn-, Finanz- und Sozialpolitik für den Zeitraum 1999 bis 2011

Auswirkungen gegenüber Status-Quo in % im Jahr 2011

Variable	Außenwirtschaftliches Gleichgewicht ¹	A n d e r e	
		Lohnpolitik ²	Lohn-, Finanz- und Sozialpolitik ³
Bruttoinlandsprodukt, real	-18,4	1,2	6,5
Beschäftigte	-16,7	1,2	4,4
Bruttolöhne (pro Kopf)	-15,0	18,9	18,9
Bruttogewinne insgesamt	-26,6	-21,3	-10,2
Lohnquote	-1,3	12,3	9,9
Lohnstückkosten	-13,3	19,0	18,2
Preisindex privater Konsum	-2,2	3,5	3,4
Transfer an die privaten HH	-8,2	16,2	23,2
Privater Verbrauch, real	-15,7	6,7	11,5
Staatsverbrauch, real	-9,0	5,2	14,4
Bruttoanlageinvestitionen, real	-7,7	1,2	10,9
Exporte, real	-23,5	-5,9	-5,7
Importe, real	-13,3	1,9	4,2
Bruttoinlandsprodukt, nominal	-23,2	6,3	12,6
Staatseinnahmen, nominal	-22,2	11,1	23,1
Staatsausgaben, nominal	-10,7	11,0	22,2
<u>nachrichtlich</u>			
Finanzierungssaldo Staat (nominal, Abw. in Mrd. EUR)	-120,2	-1,6	4,0
Außenbeitrag (nominal, Abw. in Mrd. EUR)	-160,8	-55,6	-81,6

¹ Handelspartner verweigern Leistungsbilanzdefizite

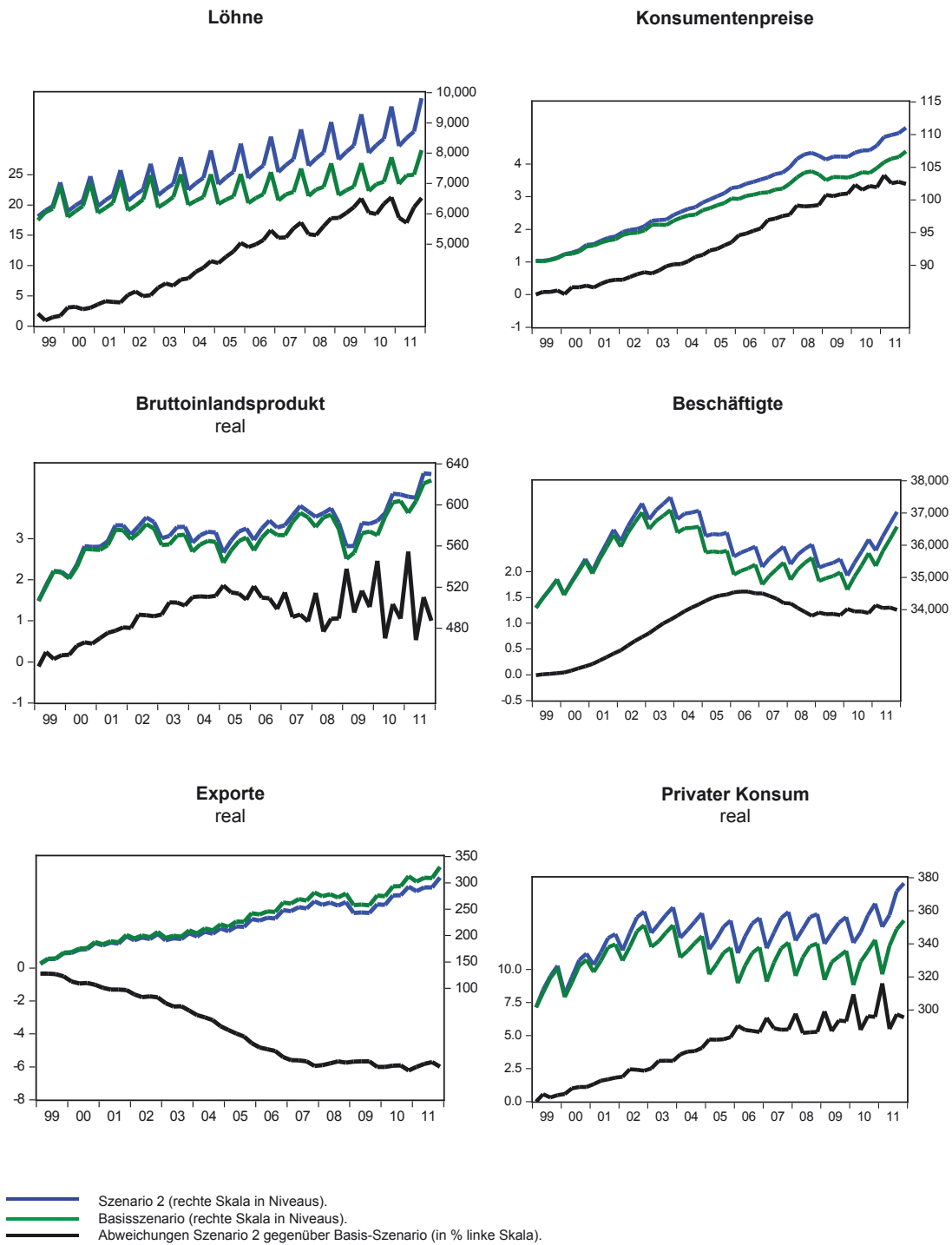
² Jährlicher Lohnzuwachs von knapp 3%.

³ Zusätzlich wird auf die Steuer- und Beitragssatzsenkungen der Jahre 2000 bis 2005 verzichtet und die öffentlichen Ausgaben nehmen stetig unterhalb des nominalen Wachstums des BIP zu.

Quelle: Simulationen mit dem makroökonomischen Modell des IMK.

⁶ Wenn dies jedoch zu viele Länder machen, dürfte sich die EZB gezwungen sehen, mit einer restriktiveren Geldpolitik und damit höheren Zinsen auf eine Zielverfehlung beim HVPI im Währungsraum insgesamt zu reagieren. Dies hätte auch negative Auswirkungen auf Deutschland, obwohl Deutschland nicht dafür verantwortlich wäre.

Alternative Lohnpolitik Szenario 2



Staatsausgaben (11 % gegenüber Basisszenario) deutlich steigen. Insgesamt bewegen sich die Staatseinnahmen nach 13 Jahren ebenfalls um gut 11 % über ihrem Niveau im Basisszenario.

Von besonderem Interesse sind die Auswirkungen höherer Löhne und der damit einhergehenden geringeren Verbesserung der preislichen Wettbe-

werbsfähigkeit auf den Außenhandel (Tabelle 1). Die höheren Lohnstückkosten werden im Modell allerdings nur teilweise in den Exportpreisen weitergegeben. Diese liegen nach 13 Jahren um knapp 5 % über ihrem Niveau im Basisszenario. Die daraus folgende geringere Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit hätte dazu geführt,

dass die realen Exporte etwas weniger stark zugenommen hätten. So fällt die Steigerung der realen Exporte nach 13 Jahren um knapp 6 % niedriger aus. Sie hätten sich dann allerdings immer noch mehr als verdoppelt. Die Importe steigen nun um zusätzlich fast 2 %. Hier kann die bessere binnenwirtschaftliche Entwicklung die leicht negativen Wirkungen der niedrigeren Exporte auf die Einfuhr überkompensieren.

Auf den ersten Blick überraschend ist der Anstieg der Importpreise (um gut 1 % gegenüber Basisszenario). Die Importeure nutzen angesichts eines etwas höheren Preisniveaus im Inland ihren Preissetzungsspielraum aus und geben Preissenkungsmöglichkeiten nicht vollständig an die Verbraucher weiter. Das Konzept des „pricing to market“ gilt nicht nur für die deutschen Exporteure, die sich nennenswert an den Preisniveaus ihrer jeweiligen Absatzmärkte orientieren, sondern auch für die Importeure in Deutschland. Nominal steigen die Importe nach der simulierten Lohnerhöhung um zusätzliche 3 %. Der nominale Außenbeitrag fällt so nach 13 Jahren um rund 55 Mrd. Euro erheblich niedriger aus. Tatsächlich betrug er im Jahr 2011 113 Mrd. Euro.

Besonders augenfällig sind die Verteilungseffekte der höheren Löhne (Tabelle 1). Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und die öffentlichen Transfers liegen um 19 bzw. 16 % über ihrem Niveau im Basisszenario, während die Bruttogewinne um 21 % niedriger sind. Diese hätten allerdings im Szenario 2 bei einem hohen Ausgangsniveau immer noch um rund 10 % gegenüber 1999 zugelegt. Die Lohnquote ginge nun nicht mehr zurück, sondern würde leicht ansteigen.

Insgesamt hätten die höheren Löhne weder der Beschäftigung noch dem Wirtschaftswachstum geschadet, wie oft von neoklassisch denkenden Ökonomen behauptet wird. Deutschland hätte sogar von der makroökonomisch orientierten Lohnpolitik profitiert. Die Exporte hätten zwar weniger stark zugenommen, aber die deutsche Volkswirtschaft wäre einem wesentlich ausgewogeneren Wachstumspfad gefolgt: Die stärkere Binnendynamik hätte die schwächere ausländische Nachfrage kompensiert, und Wachstum und Beschäftigung wären bei einer solchen Lohnpolitik leicht höher ausgefallen. Deutschlands Einkommensverteilung wäre nicht so ungleich geworden, wie sie es heute ist, und der Leistungsbilanzüberschuss wäre deutlich geringer ausgefallen (Tabelle 1 und Joebges et al. 2009).

Auswirkungen einer nachfragestabilisierenden Finanz- und Sozialpolitik (Szenario 3)

In diesem Szenario wird zusätzlich zu der makroökonomisch orientierten Lohnpolitik mit jährlichen Lohnsteigerungen von knapp 3 % auf die Steuer- und Beitragssenkungen der Jahre 2000 bis 2005 verzichtet. Stattdessen legt der öffentliche Konsum stetig und knapp unterhalb des nominalen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts zu. Damit verfolgt der Staat keine expansive Politik, sondern verhält sich im Gegenteil eher konservativ. In diesem Szenario hat die Staatsquote in 2011 das gleiche Niveau wie 1999.

Dieses finanzpolitische Verhalten wird im Folgenden in vereinfachter Weise im Modell abgebildet. Zentrale Punkte der Steuerreformen wie die Senkungen der direkten Steuern vor allem in den Jahren 2001 und 2004 und die Reduzierung des Staatsverbrauchs von 2003 an um diskretionär rund 2,5 % werden im Szenario 3 einfach ausgesetzt.⁷

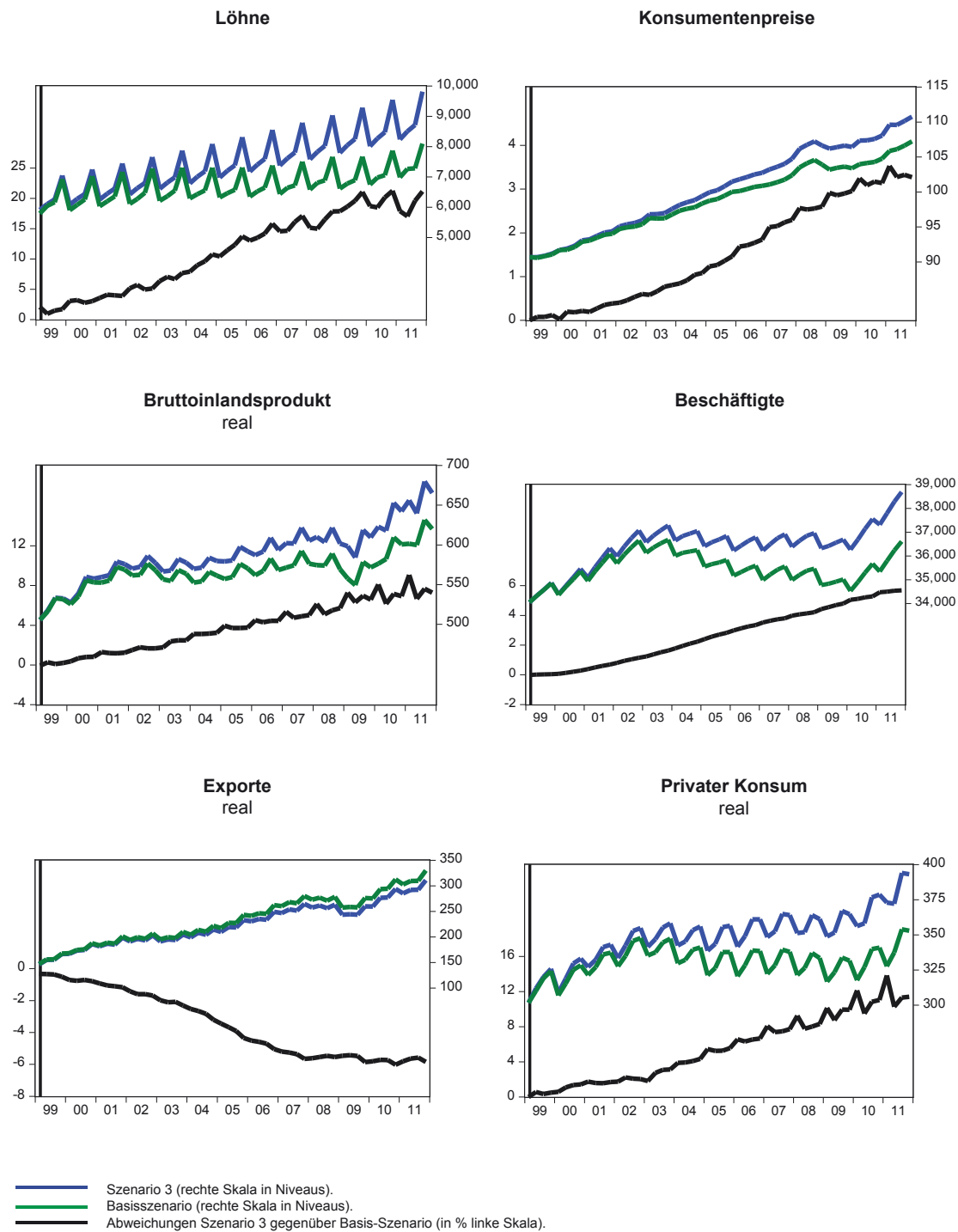
Im sozialpolitischen Bereich werden die damals getroffenen Maßnahmen in Szenario 3 ebenfalls ausgesetzt, indem die Beitragssätze zur Sozialversicherung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf dem Niveau von 1999 eingefroren und die rechnerischen Mehreinnahmen, die durch den Verzicht auf die Beitragssatzsenkungen entstehen, für Erhöhungen der öffentlichen Transfers verwendet werden. Damit wird auf einen großen Teil der damaligen Sozialkürzungen verzichtet.

Gleichzeitig wird die subventionierte Riester-Rente nicht eingeführt, und die Sparquote der privaten Haushalte steigt daher nicht so stark an (Looney et al. 2009). Als Simulationsvorgabe wurde die Sparquote um einen halben Prozentpunkt reduziert (Meinhardt et al. 2009). Bei der Analyse geht es darum zu zeigen, wie die Strategie der Steuer- und Beitragssatzsenkungen und Ausgabenkürzungen im Rahmen der Angebotspolitik wirkte und welche Effekte stattdessen eine stabilisierende Finanzpolitik gehabt hätte.

Als Alternative zur damaligen Finanzpolitik bietet sich ein Konzept an, das die öffentlichen Ausgaben am mittelfristigen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts orientiert (Vesper 2008, Brück und Zwiener 2006). Dazu wird der Staatsverbrauch als mit Abstand größter Ausgabenposten im Analysezeitraum mit fast der gleichen durchschnittlichen Zuwachsrate wie das Bruttoinlandsprodukt erhöht. Gleichzeitig werden die öffentlichen Investitionen

⁷ Für die Modellsimulationen werden die Berechnungen der Stärke der Steuersenkungen in den Jahren 2001 bis 2005 gemäß Truger et al. (2010), Tabelle 3.1 zugrunde gelegt.

Alternative Lohn-, Finanz- und Sozialpolitik Szenario 3



in Szenario 3 stärker erhöht, weil in der Vergangenheit in Deutschland die öffentlichen Investitionen deutlich zurückgefahren wurden und sich so ein erheblicher Investitionsstau gebildet hat.

Im Szenario 3 entwickelt sich nun der Staatskonsum im Untersuchungszeitraum von 1999 bis 2011 fast mit der gleichen Wachstumsrate wie das

Bruttoinlandsprodukt. Gleichzeitig steigen – annahmegemäß wie im Szenario 2 – die Löhne um knapp 3 % pro Jahr. Die Kindergelderhöhungen des Jahres 2002 werden beibehalten, aber auf die Steuer- und Beitragssatzsenkungen der rot-grünen Bundesregierung und auf den höheren Krankenversicherungsbeitrag der Arbeitnehmer wird ver-

zichtet. Verglichen mit der tatsächlichen Angebotspolitik fällt das Wirtschaftswachstum bei diesem stetigen öffentlichen Ausgabenwachstum deutlich höher aus – um zusätzlich 6 Prozentpunkte bis zum Ende des Simulationszeitraums –, ohne dass sich das öffentliche Defizit erhöht. Angesichts des höheren realen und nominalen Wirtschaftswachstums fällt die Staatsschuldenquote nun deutlich niedriger aus, und zwar um über 10 %. Der Beschäftigungsgewinn beträgt nach 13 Jahren rund eineinhalb Millionen Personen und der hohe Außenbeitrag halbiert sich. Es war naiv zu glauben, dass mit der Kombination von Steuersenkungen und Ausgabenkürzungen Wachstumsgewinne hätten erzielt werden können (Abbildung 9).

Lehren für die zukünftige Wirtschaftspolitik

Immer wenn in einzelnen Volkswirtschaften oder nunmehr im Euroraum der Verdacht struktureller Probleme aufkeimt, greift in Einklang mit den vorherrschenden ökonomischen Theorien die Wirtschaftspolitik zum Mittel der Angebotspolitik. Darunter ist eine Politik zu verstehen, die auf Maßnahmen setzt, die die Rentabilität der Unternehmen, also der Produzenten des Güterangebots, zu erhöhen versprechen. Hierzu gehören niedrigere Steuern und Abgaben und vor allem möglichst niedrige Löhne. Dieser Weg wurde in Deutschland im vorigen Jahrzehnt beschritten, und er wird derzeit im Euroraum als Weg aus der Krise gesehen. Dieser Weg ist falsch, weil er die Nachfrageseite, vor allem die Einkommen der privaten Haushalte, außer Acht lässt.

Die forcierte Angebotspolitik in Deutschland während des vergangenen Jahrzehnts – darunter besonders die Politik der Agenda 2010 – hatte und hat immer noch negative wirtschaftliche Auswirkungen in Deutschland und Europa über die durch sie bewirkte reale Abwertung gegenüber den Partnerländern im Euroraum. Aber auch in Deutschland wurden durch diesen einseitigen Policy Mix Wachstum und Beschäftigung verschenkt und eine massive Umverteilung zu Gunsten der Besserverdienenden und Vermögenden betrieben.

Das Gegenargument, die Beschäftigungslage in Deutschland sei derzeit so gut, eben weil Angebotspolitik betrieben worden wäre, trägt nicht. Es wird dabei übersehen, dass erst mit den massiven Arbeitszeitverkürzungen in der Finanzmarktkrise

2008/2009 und den beiden Konjunkturpaketen mit ihrer positiven Nachfragewirkung Wachstum und Beschäftigung sich auch im internationalen Vergleich so günstig entwickelten. Seither steigen auch die Löhne wieder etwas stärker und stabilisieren die Binnennachfrage.

Dies zeigt, dass es zumindest eines Zusammenwirkens von angebotsseitigen und nachfrageseitigen Maßnahmen bedarf, um eine Volkswirtschaft auf einen erfolgreichen Kurs zu bringen. Genau daran mangelt es derzeit im Euroraum, wo den Krisenländern eine einseitige Angebotspolitik auferlegt wird. Diese Strategie hat eine tiefe Krise mit extrem hoher Arbeitslosigkeit verursacht.

Nötig wären eine Mischung aus Angebotsmaßnahmen, die die Wettbewerbsprobleme einzelner Volkswirtschaften mindern und eine Nachfragepolitik, die ihnen die Chance gibt, ihre erhöhte Wettbewerbsfähigkeit in vermehrten Absatz, Wachstum und Beschäftigung umzusetzen. Dazu bedarf es zum einen einer Re-Etablierung einer makroökonomisch orientierten Lohnpolitik in Deutschland, indem das bestehende Tarifsysteem stabilisiert, der Wildwuchs in nicht tarifgebundenen Bereichen durch eine Ausweitung der Tarifsystems eingedämmt und die Lohnentwicklung durch die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von unten her gestützt wird. Zum anderen ist ein mehrjähriges mittelfristig ausgerichtetes Wachstumsprogramm notwendig, mit deutlichen Mehrausgaben insbesondere in Investitionen in Human- und Sachkapital und eine Sozialpolitik, die die gesetzliche Rente stärkt und nicht einen großen Teil der erwerbstätigen Bevölkerung in Altersarmut führt. Dies alles stabilisiert nicht nur die Nachfrage in Deutschland, sondern schafft auch Absatzmöglichkeiten für den Rest des Euroraums.

Die mit Unterstützung durch die deutsche Bundesregierung erzwungene Anwendung der einseitigen Angebotspolitik und Agenda 2010-Rezepte in den Krisenländern – restriktive öffentliche Ausgabenpolitik und Lohnsenkungen im öffentlichen und privaten Sektor – verhindert derzeit jedoch eine durchgreifende Erholung in Europa. Angebotspolitische Maßnahmen, so sie denn angezeigt sind, müssen durch nachfragestabilisierende Maßnahmen unterstützt werden. Ansonsten führen sie zu langwierigen wirtschaftlichen Problemen mit hoher Arbeitslosigkeit. Diese zu überwinden erfordert umso mehr Aufwand, je länger eine solche Krise dauert. Dies spricht für eine rasche Kurskorrektur.

- Banerjee, A. / Dolado, J. / Mestre, R. (1998):** Error-Correction Mechanism Tests for Cointegration in a Single-Equation Framework. In: *Journal of Time Series Analysis*, Jg. 19, H. 3, S. 267-283.
- Blum, U / Franz, W. / Horn, G. A. / Logeay, C. / Schmidt, C. M. / Zimmermann, K. F. (2008):** Agenda 2010 – Eine Zwischenbilanz In: *Wirtschaftsdienst*, Jg. 88, H. 3, S. 151-174.
- Bracher T. / Grabow, B. / Schneider, S. / Seidel-Schulze, A. / Reidenbach, M. (2008):** Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen. Ausmaß, Ursachen, Folgen, Strategien. Edition Difu, Berlin.
- Brück, T. / Zwiener, R. (2006):** Fiscal Policy Rules for Stabilisation and Growth: A Simulation Analysis of Deficit and Expenditure Targets in a Monetary Union. In: *Journal of Policy Modeling*, Jg. 28, H. 4, S. 357-369.
- Bundesagentur für Arbeit (2011):** Sockel- und Langzeitarbeitslosigkeit. Broschüre der Arbeitsmarktberichterstattung, Nürnberg.
- Deutsche Bundesbank (2009):** Zur Entwicklung der staatlichen Investitionsausgaben. In: *Monatsbericht* Oktober, Jg. 61, H. 10, S. 15-34.
- Deutsche Bundesregierung (2013):** Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin.
- Eichhorst, W. / Marx, P. / Thode, E. (2010):** Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit. Benchmarking Deutschland: Befristete und geringfügige Tätigkeit, Zeitarbeit und Niedriglohnbeschäftigung. Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh.
- Engle, R. / Granger, C. (1987):** Co-Integration and Error-Correction: Representation, Estimation and Testing. In: *Econometrica*, Jg. 55, H. 2, S. 251-276.
- Fichtner, F. / Junker, S. / Schwäbe, C. (2012):** Die Einkommensverteilung: Eine wichtige Größe für die Konjunkturprognose. In: *DIW-Wochenbericht*, H. 22, S. 3-10.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2012):** Lob für Gerhard Schröder. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 04.02.2012. <http://www.faz.net/themenarchiv/wirtschaft/arbeitsmarkt-und-hartz-iv/europa-und-die-agenda-2010-lob-fuer-gerhard-schroeder-11638143.html>; aufgerufen am 21.10.2013.
- Fuchs, J. / Hummel, M. / Hutter, C. / Klinger, S. / Wanger, S. / Weber, E. / Weigand, R. / Zika, G. (2013):** IAB-Prognose 2013/2014: Arbeitslosigkeit sinkt trotz Beschäftigungsrekord nur wenig. IAB-Kurzbericht Nr. 18.
- Goebel, J. / Grabka, M. (2011):** Entwicklung der Altersarmut in Deutschland. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, DIW Berlin, Jg. 80, H. 4, S. 101-118.
- Hassler, U. (2004):** Leitfaden zum Testen und Schätzen von Kointegration. In: Gaab, W. / Heilemann, U. / Wolters, J. (Hrsg.): *Arbeiten mit ökonomischen Modellen*, Physica-Verlag, Heidelberg, S. 85-115.
- Herr, H. / Horn, G. A. (2012):** Lohnpolitik heute. IMK Policy Brief, Mai.
- Herzog-Stein, A. (2010):** Das Jahr der Krise. In: Groß, H. / Seifert, H. (Hrsg.): *Zeitkonflikte*. Edition Sigma, Berlin, S. 17-36.
- Herzog-Stein, A. / Horn, G. A. / Stein, U. (2013a):** Macroeconomic Implications of the German Short Time Work Policy during the Great Recession. In: *Global Policy*, Jg. 4, Supplement, S. 30 – 40.
- Herzog-Stein, A. / Lindner, F. / Sturn, S. (2013b):** Explaining the German Employment Miracle in the Great Recession. The Crucial Role of Temporary Working Time Reductions. IMK Working Paper Nr. 114.
- Herzog-Stein, A. / Logeay, C. (2010):** Labor Market Reforms, Hysteresis, and Business Cycles in Germany: A SVAR Approach to Explain Unemployment Developments. In: *Applied Economics Quarterly*, Jg. 61, Supplement, S. 89 -120.

Horn, G. A. / Joebges, H. / Zwiener, R. (2009): Von der Finanzkrise zur Wirtschaftskrise (II): Globale Ungleichgewichte als Ursache der Krise. IMK Report Nr. 40.

Horn, G.A. / Herzog-Stein, A. (2013): Erwerbstätigkeit auf Rekordniveau – Ergebnis richtiger Arbeitsmarktpolitik? In: Wirtschaftsdienst, Jg. 93, H. 3, S. 143-158.

Horn, G.A. / Logeay, C. (2004): Kritik am lohnpolitischen Konzept des SVR. In: Wirtschaftsdienst, Jg. 84, H. 4, S. 236-242.

Horn, G.A. / Logeay, C. / Zwiener, R. (2008): Wer profitierte vom Aufschwung? IMK Report Nr. 27.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2013): Arbeitsvolumen 2012 leicht gestiegen. Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 07.03.2013, <http://www.iab.de/de/informationsservice/presse/presseinformationen/az12.aspx>; aufgerufen am 23.10.2013.

Joebges, H. / Schmalzbauer, A. / Zwiener, R. (2009): Der Preis für den Exportweltmeister Deutschland: Reallohnrückgang und geringes Wirtschaftswachstum. IMK Study Nr. 4.

Joebges, H. / Meinhardt, V. / Rietzler, K. / Zwiener, R. (2012): Auf dem Weg in die Altersarmut. Bilanz der Einführung der kapitalgedeckten Riester-Rente. IMK Report Nr. 73.

Kalina, T. / Weinkopf, C. (2013): Niedriglohnbeschäftigung 2011. Weiterhin arbeitet fast ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland für einen Niedriglohn. IAQ-Report Nr. 1.

Keller, B. / Seifert, H. (2011): Atypische Beschäftigungsverhältnisse. Stand und Lücken der aktuellen Diskussion. In: WSI-Mitteilungen. Jg. 64, H. 3, S. 138-145.

KfW Research (2013): KfW-Kommunalpanel 2012. Frankfurt a. M.

Klär, E. / Lindner, F. / Sehovic, K. (2013): Investitionen in die Zukunft? Zur Entwicklung des deutschen Auslandsvermögens. In: Wirtschaftsdienst, Jg. 93, H. 3, S. 189-197.

Klär, E. / Slacalek, J. (2006): Entwicklung der Sparquote in Deutschland – Hindernis für eine Erholung der Konsumnachfrage. In: DIW-Wochenbericht, H. 40, S. 547-543.

Klinger, S. / Bonin, H. / Horn, G. A. / Herzog-Stein, A. / Ehing, D. / Raffelhüschen, B. (2013): Erwerbstätigkeit auf Rekordniveau – Ergebnis richtiger Arbeitsmarktpolitik? In: Wirtschaftsdienst, Jg. 93, H. 3, S. 143-158.

Klinger, S. / Rothe, T. (2012): Der Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland: Ein Erfolg der Hartz-Reformen oder konjunktureller Effekt?. In: Schmollers Jahrbuch, Jg. 132, H. 1, S. 89-121.

Lindner, F. (2013): Banken treiben Eurokrise. IMK Report Nr. 82.

Logeay, C. / Meinhardt, V. / Rietzler, K. / Zwiener, R. (2009): Gesamtwirtschaftliche Folgen des kapitalgedeckten Rentensystems. IMK Report Nr. 43.

Logeay, C. / Zwiener, R. (2008): Deutliche Realeinkommensverluste für Arbeitnehmer: Die neue Dimension eines Aufschwungs. In: WSI-Mitteilungen, Jg. 61, H. 8, S. 415-422.

Meinhardt, V. / Rietzler, K. / Zwiener, R. (2009): Konjunktur und Rentenversicherung. Gegenseitige Abhängigkeiten und mögliche Veränderungen durch diskretionäre Maßnahmen. Forschungsprojekt im Auftrag der Deutschen Rentenversicherung Bund. IMK Study Nr. 3.

Meinhardt, V. / Zwiener, R. (2005): Gesamtwirtschaftliche Wirkungen einer Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen in der Sozialversicherung. Gutachten im Auftrag des DGB-Bundesvorstands, der Hans-Böckler-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung. DIW Berlin: Politikberatung kompakt Nr. 7.

OECD (2008): Country Note Germany (In German): Deutschland. <http://www.oecd.org/els/soc/41525386.pdf>; aufgerufen am 18.10.2013.

OECD (2009): Germany. Highlights from OECD Pensions at a Glance 2009. <http://www.oecd.org/germany/43126017.pdf>; aufgerufen am 18.10.2013.

Rhein, T. (2013): Deutsche Geringverdiener im europäischen Vergleich. IAB-Kurzbericht Nr. 15.

Rietzler, K. (2013): The IMK's Model of the German Economy - A Structural Macro-Econometric Model. IMK Study Nr. 29.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2002/03): Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum. Metzler-Poeschel, Stuttgart.

Schmid, K. / Stein, U. (2013): Explaining Rising Income Inequality in Germany 1991-2010. IMK Study Nr. 32.

Schratzstaller, M. (2013): Für einen produktiven und solide finanzierten Staat. Determinanten der Entwicklung der Abgaben in Deutschland. WISO Diskurs, Januar.

Schulten, T. (2013): WSI-Mindestlohnbericht 2013, Unterschiedliche Strategien in der Krise. In: WSI-Mitteilungen, Jg. 65, H. 3, S. 124-130.

Stein, U. / Stephan, S. / Zwiener, R. (2012): Zu schwache deutsche Arbeitskostenentwicklung belastet Europäische Währungsunion und soziale Sicherung. Arbeits- und Lohnstückkosten in 2011 und im 1. Halbjahr 2012. IMK Report Nr. 77.

Truger, A. / Rietzler, K. / Will, H. / Zwiener, R. (2010): Alternative Strategien der Budgetkonsolidierung in Österreich nach der Rezession. In: Feigl, G. / Truger, A. (Hrsg.): Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK Wien Bd. 16, Orac, Wien.

Vesper, D. (2008): Defizitziel versus Ausgabenpfad – Plädoyer für eine berechenbare Haushaltspolitik. WISO Diskurs, März.

Waysand, C. / Ross, K. / de Guzman, J. (2010): European Financial Linkages: A New Look at Imbalances. IMF Working Paper Nr. 295.

Abgeschlossen am 28. Oktober 2013

Impressum

Herausgeber:

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)
in der Hans-Böckler-Stiftung,
Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf
Telefon 0211 7778-331, Telefax 0211 7778-266
IMK@boeckler.de, <http://www.imk-boeckler.de>

Redaktionsleitung: Andrew Watt

Pressekontakt: Rainer Jung, 0211 7778-150

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

ISSN 1861-3683

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig.